

Rieser Tageblatt

Verlagsamt
Rieser Tageblatt
Verlag Nr. 20
Postfach Nr. 22

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Sanitätsamts Weihen behördlich bestimmte Blatt.

Postfachamt
Rieser 1500
Verlag
Rieser Nr. 22

Nr. 250.

Dienstag, 25. Oktober 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bank. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ungeachtet der die Nummer des Tagesblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufgegeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 2 mm hohe Grundchrift-Zeile (4 Elben) 100 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige. Zeitungsbezug und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Unentgeltlicher Rabatt 25%, wenn der Betrag vorab durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt. Jahressatz und Abrechnungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage. "Wochenspiegel an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Befreiung oder Rückzahlung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Dargatz & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach 20. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemm, Rieser. Für Anzeigen: Wilhelm Stitzel, Rieser.

Kommo am Scheidewege.

Der litauisch-polnische Konflikt mit seiner durch die Einwirkung der litauischen Protestnote an den Völkerbund verstärkten Situation dürfte den Herren in Kommo am Scheidewege angelangt sein, an dem sie sich klar machen müssen, in welcher Richtung sie ihre auswärtige Politik zu gestalten gedenken. Die offiziösen Auslassungen Warschauer und besonders die Vorwände bei der Winaer Jahresfeier haben unzweifelhaft den unerschütterlichen Willen Polens bekundet, niemals und unter keinen Umständen auf Wilna zu verzichten. Da die Zukunftsentwicklung, so die ganze Existenz Litauens als selbständiger Staat wirtschaftlich, verkehrstechnisch und geographisch auf die Voraussetzung der Wiedervereinigung des dem Lande wirtschaftlich entzogenen Winaer Gebietes aufbaut, ist ein Litauen ohne Wilna, ohne die tatkräftige Unterstützung seiner wirtschaftlich stärkeren Nachbarn einfach nicht lebensfähig, so muß sich auch Kommo mit der Frage stellen, wo es diese unbedingt notwendige Hilfe finden kann. Rußland, auf Grund seiner bolschewistischen Struktur, scheint als Faktor, auf den sich Kommo stützen könnte, ohne weiteres aus. Ebenso Polen, dessen Politik, auf weite Sicht gerichtet, Litauen nur als Objekt machtpolitischer Ausdehnungsgehrnisse betrachtet. Die litauischen Handwerker haben mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten selbst hinreichend viel herumzuschlagen. Eine tatkräftige Unterstützung der litauischen Wirtschaft von dieser Seite ist daher ebenfalls nicht zu erwarten.

So bleibt als einzige, starke, wirtschaftliche Macht, die Litauen den erforderlichen Kraftstrom geben könnte, Deutschland. Ein weit gefasster, deutsch-litauischer Handelsvertrag, die Deckung des deutschen Marktes für die litauischen Industrie- und Agrar-Produkte, das wären die einzigen Mittel, die dem litauischen Volke den Kampf um seine weitere Selbstständigkeit erst ermöglichen könnten. Es kommt hinzu, daß Deutschland auf Grund der Isolierung Litauens selbst das allergrößte Interesse daran hat, die litauische Selbstständigkeit gewahrt zu wissen. Würde doch der Zusammenbruch dieses Staates Warschau das Erbe Kommos befeuern, damit die Ausdehnung der Macht Warschauer bis zur litauischen Küste, damit die völlige Isolierung Litauens im polnischen Meere. So kommen sich die deutschen und die litauischen Tendenzen entgegen. So wäre auch vielleicht die enge Annäherung der beiden Völker schon längst Tatsache geworden, wenn nicht als einziger die erwünschte Ausbesserung störender Faktoren die Memelfrage wäre.

Die Memelfrage, eigentlich sollte sie schon längst gelöst sein. Würde man nämlich den Abmachungen zwischen dem litauischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Reichsaussenminister ein praktisches politisches Gewicht beilegen können. Aber die Eröffnung des memelländischen Landtages, besser gesagt, die Eröffnungssitzung, mit der der litauische Gouverneur die memelländischen Abgeordneten begrüßte, enthält doch einiges, was nicht gerade als Schlüsselpunkt hinter den abgeschlossenen deutsch-litauischen Meinungsaustrausch gelegt werden darf. Der Weltöffentlichkeit, schließlich auch der litauischen Regierung dürfte es bekannt sein, daß dem memelländischen Volke das volle Autonomierecht, konstituiert durch das sogenannte Memelstatut, gewährleistet wurde. Wenn nun der litauische Gouverneur bei der Eröffnung des memelländischen Landtages gewisse Forderungen in der Sprachenfrage in den Vordergrund seiner Ausführungen stellt, so greift er unbedingt in eine Materie ein, die seinem Kompetenz-Bereich nicht angehört. Man kann allerdings der Ansicht sein, daß der Gouverneur mit seiner Auslegung, die er dem Sprachenproblem gab, lediglich die Wünsche seiner litauischen Regierung bekundigen wollte. Wünsche, um deren Erfüllung er bittet, deren Erfüllung er aber diskret nicht verlangen kann. Würde man dieser Ansicht Raum geben, so könnte die Eröffnungssitzung des Gouverneurs zu einer besonderen Aufregung seinen Anhang finden. Denn dann läge es schließlich in der Hand des Parlamentes des autonomen Memellandes und des Direktoriums, das in seiner Geschäftsführung auf das Vertrauen dieses Parlamentes angewiesen ist, den von dem litauischen Vertreter ausgesprochenen Wünschen Rechnung zu tragen oder nicht. Leider steht es aber nun nicht so aus, als ob Kommo die Kompetenz des in Memel eingesetzten Gouverneurs so aufhebt, wie sie auf Grund des Memelstatutes und der Rechte, die dem Memellande durch seine Autonomie gegeben sind, aufrechterhalten werden müßte. Die Kommoer Presse-Kommentare und die ganze Haltung der litauischen Regierung deuten darauf hin, daß der Wortlaut der Eröffnungssitzung ein Programm sein sollte, das das Parlament zu akzeptieren hat. Zweifelslos wird sich die litauische Regierung darüber im klaren sein, daß, wenn sie dem Memellande die beiden Sprachen nicht nur als offizielle Amtssprachen, sondern auch als obligatorische Schulsprachen aufzwingt, sie das dem Memellande gewährte Autonomierecht verletzt. Daß sie mit dieser Verletzung den alten Kulturkampf wieder aufleben läßt, damit aber auch die Völkerbunds-Garantien des Memelstatutes, mit ihnen auch Deutschland, wieder auf den Plan ruft. Daß bei einer solchen Haltung der litauischen Regierung die im Interesse beider Länder liegende Annäherung und Ausbesserung nicht herbeigeführt werden kann, liegt klar auf der Hand. Noch steht die litauische Regierung am Scheidewege. Der eine Weg führt zur deutschen Hilfe, das heißt, zur Rettung der litauischen Selbstständigkeit; der andere Weg führt in das Chaos der Ungewißheit. Wie gesagt, Kommo hat die Entscheidung.

Kabinettsrat über Barker Gilberts Brief.

M. Berlin, 24. Oktober. (Telefon.) Nach der heutigen Kabinettsitzung wird folgendes Kommuniqué abgegeben: „Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Prüfung des kürzlich dem Reichsfinanzministerium von dem Reparationsagenten übermittelten Memorandum. Inwieweit nahm das Kabinett von den Darlegungen Kenntnis, welche der Reichsfinanzminister am 24. d. Mts. dem Hauptstaatskassier des Reichstages über die Finanzlage des Reiches machen wird.“

Die Besprechungen mit den Parteiführern.

Berlin. (Funkdruck.) Reichskanzler Dr. Marx und Reichsfinanzminister Dr. Brücker begannen heute vormittag ihre Besprechungen mit den Parteiführern im Reichstage über die Finanzlage des Reiches. Zunächst empfingen die Minister die Führer der Regierungsparteien in gemeinsamer Besprechung. Es waren erschienen die Abgeordneten Graf Helldorf (Dn.), Brüning (Dn.), Dr. Scholz (Dn.) und Reich (Dn.). Die Besprechungen des Reichsfinanzministers in Gegenwart des Reichskanzlers mit den Führern der Regierungsparteien über die Finanzlage des Reiches und die Besprechungen des Reparationsagenten darüber über eine Stunde. Die Minister empfingen darauf die Führer der anderen Parteien, nämlich die Abgeordneten, Dr. Brüning und Dr. Hilferding von den Sozialdemokraten, Koch-Weser und Dietrich-Baden von den Demokraten und den Wirtschaftsparteiler Dr. Drenth, um sie gleichfalls über die Finanzlage zu informieren. Ferner hatte der Reichsfinanzminister für heute vormittag noch eine Besprechung mit Gewerkschaftsführern in Aussicht genommen. Die Besprechungen mit den Regierungsparteien sind, wie das Nachrichtenbüro des Reichstages, zu erwarten, werden, doch dürfte der Reichsfinanzminister die Besprechungen mit den Parteien behalten.

Das Kontrollkomitee will eingreifen.

Von unserem Berliner Vertreter.
qu. Berlin. Alles Vertulchen hat nichts genützt! Die Politik des Reichsfinanzministeriums, den Schritt des Reparationsagenten einfach abzulehnen, hat nur dazu geführt, daß die deutsche Öffentlichkeit durch ausländische Zeitungen die Wahrheit erfahren mußte, und wenn die mit der Information der Presse beauftragten Beamten noch in den letzten Tagen glaubten, verschleiern zu müssen, daß von einem „Einspruch“ des Reparationsagenten gar keine Rede sein könne und dann, nachdem alles offenbar geworden ist, erklären, sie hätten doch ganz recht gehabt, denn in dem fraglichen Brief wären ja nur „Bedenken“ geäußert worden, so wird die Öffentlichkeit ja auch für eine derartige Wortklauberei nur wenig Verständnis aufbringen können. Man versteht nicht recht, weshalb diese Angelegenheit derartig geheimnisvoll behandelt wird, obwohl das Ausland völlig und wir wenigstens teilweise im Bilde sind, wie es mit unseren Finanzen steht. Wozu die offiziellen

Kommunikés, die nichts belegen, wir wissen sehr gut, daß zwischen Dr. Brücker und Barker Gilbert bis zur Stunde noch keine Einigung erzielt worden ist, und wir wissen sogar — leider noch viel mehr. Ist dem Reichsfinanzministerium bekannt, daß ein Schritt des Komitees für die Kontrolle des Dawes-Planes unmittelbar bevorsteht, so ist das „Echo de Paris“, offiziöses Blatt des französischen Generalkonsuls, dem man schon einige Kenntnisse über die Absichten des Kontroll-Komitees zutrauen kann, teilt sehr ausführlich mit, daß man geradezu empört über den Zug sei, der in Deutschland von gewissen Kreisen betrieben werde. Die Nachricht über die Erhöhung der Beamtengehälter hätte dem Volk den Boden ausgeschlagen, da die Staaten, die den Krieg gewonnen haben, sich uns gegenüber wie die armen Völkern vorlägen. Weiter wird uns da die Rechnung aufgemacht, daß wir bisher 500 Millionen Dawes-Pfandungen geleistet haben und dafür 550 Millionen auf Anleihenwegen herbeigekommen hätten. Zum Schluß wird die Frage aufgeworfen, wie lange wir das eigentlich so weiter machen wollen und was sich wohl herausstellen würde, wenn wir jetzt einmal die Bilanz ziehen müßten.

Das Reichsfinanzministerium ist, darüber kann gar kein Zweifel mehr bestehen, durch den Schritt des Reparationsagenten überrascht worden. Es wird sich nicht ein zweites Mal durch eine Note des Kontroll-Komitees überfallen lassen dürfen. Es ist leicht gesagt, daß ausländische Instanzen uns nicht hineinschreiben hätten. Wer das behauptet, kennt die Bestimmungen des Dawes-Planes nicht genau. Der Reparationsagent kann sehr wohl Einspruch erheben; wenn er die Sicherheit der Reparationsleistungen gefährdet glaubt. Allem Anschein nach ist dies der Fall, und es steht sogar sehr danach aus, als ob er das Kontroll-Komitee bereits mobil gemacht hat. Außerdem besteht natürlich die Möglichkeit, daß uns von Amerika die Aufnahme von Anleihen gesperrt wird, wozu ein Wort des Reparationsagenten genügen würde. Weiter steht aber der Dawes-Plan auch direkt vor, daß wir keine Ausgabe machen dürfen, durch die die Sicherheit der Zahlungen in Frage gestellt wird. Nach Ansicht des Reparationsagenten, die übrigens unseres Wissens bereits wieder in einer maßgebenden New Yorker Zeitung veröffentlicht ist, ist keine Forderung für die Kosten vorhanden, die die Durchführung der Beibehaltung des Reparationsagenten veranlaßt, wenn nicht neue Steuern aufgelegt werden. Neue Steuern aber sind nach der Ansicht Barker Gilberts — und darin werden ihm wohl alle Deutschen zustimmen — für unsere Wirtschaft untragbar. Sie würden die Industrie zum Erliegen bringen und damit — und das ist für das Kontroll-Komitee entscheidend — die Forderungen vernichten, die für die Durchführung des Dawes-Planes bürden.

Verschiedentlich wird die Ansicht vertreten, daß wir jetzt sofort eine Aktion einleiten müßten, um eine Revision des Dawes-Planes zu erreichen. Wir glauben wohl nicht mit Unrecht, daß der jetzige Zeitpunkt der denkbar ungünstigste wäre, denn die Antwort, die wir erhalten würden, können wir uns nach den Ausführungen des „Echo de Paris“ wohl an allen fünf Fingern abzählen.

Gewerkschaftsappell wegen der Zenerung.

Berlin. (Funkdruck.) Angesichts der Preissteigerungen hat der Vorstand des Gewerkschaftsbundes an den Reichskanzler heute vormittag eine Eingabe gerichtet, in der auf die bedrohliche Zenerungsbewegung eingehend hingewiesen wird. Die Eingabe stellt fest, daß namentlich Nahrungs- und Genussmittel seit Beginn des Jahres durchschnittlich um 20 bis 25 Prozent gestiegen sind. Es wird weiter der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß bei der Preissteigerung weitere Preissteigerungen eintreten werden, die auch die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger der privaten Wirtschaft herabmindern müssen. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes fordert eindringlich von der Regierung die wirksame gleichzeitige Bekämpfung des preiszenernden Monopolismus durch Verschärfung und Erweiterung der Kartellverordnung vom Jahre 1923 und durch Abbau der Rölle. Diese Denkschrift wird auch das Reichskabinett beschäftigen. Der Reichskanzler dürfte sehr bald mit den Führern der Spitzenverbände der Wirtschaft und der Gewerkschaften in Erfahrung treten, um gemeinsam mit ihnen Maßnahmen durchzuführen, die von der Regierung in Aussicht genommen sind.

Die Scheinblüte der deutschen Wirtschaft.

Ein Interview mit Direktor Edermann.
Paris. (Telefon.) Der „Matin“ veröffentlicht einen längeren Aufsatz Edermanns über die deutsche Anleihepolitik, die nach seiner Meinung mit einer politischen und Wirtschaftspolitik enden müsse. Edermann gibt dann eine Unterredung mit dem Direktor der Commerce- und Kreditbank, Kurt Edermann, wieder, der ihm u. a. erklärt habe: Während die Anleihebedingenden nur die Vorteile einer solchen Operation hervorheben und volle Bewegungsfreiheit durch die Unterdrückung des ausländischen Geldes verlangen, hätten Dr. Schmidt und diejenigen, die genügend kritischen Geist hätten, um ihn zu unterstützen, die Kosten der Zukunft und nicht einfach den unmittelbaren Nutzen im

Auge. Es sei klar, daß ein Staat, der, wie Deutschland, einen großen Teil seines Kapitals durch den Krieg, die Kriegszeit, Besetzung und Inflation verloren habe, seine Wirtschaft nicht aus eigenen Mitteln wieder aufbauen könne. Deshalb habe man anfangs das Vereinfachen fremden Kapitals für die Wiederaufbauung der Währung zum Dollarkurs von 4,20 RM. bequimgt, aber man sei jetzt auf einem Punkt der Sättigung angelangt, wo die Zulassung neuer Anleihen ohne Unterchied für die Zukunft große Befürchtungen bezüglich der für die Vergütung und Amortisierung notwendigen Devisen rechtfertige. Für die deutsche Arbeiterschaft erkläre sich daraus eine befriedigende Aktivität und ein teilweise unzureichender Konsum. Es habe den Anschein eines blühenden Wirtschaftsganges erzeugt, der durch die wahre Lage Deutschlands nicht begründet sei.

Zurückziehung von Besatzungstruppen.

Paris. Dasas meldet aus Mainz: Die Verminderung der Stärke der Besatzungstruppen hat gestern begonnen. Sechs Maschinengewehr-Bataillone haben das besetzte Gebiet verlassen und sind auf eine gewisse Anzahl französischer Armee-Korps verteilt worden. Zwei Maschinengewehr-Bataillone sind aus Koblenz und je eines aus Worms, Rheinfelden, Speyer und Bunden zurückgezogen worden. Die Truppenverminderung wird heute fortgesetzt. Zwei Bataillone des 82. Eisenbahner-Regiments haben Trier mit Bekleidung Loui verlassen.

Tagung der Internationalen Luftfahrtkommission.

Rom. In Anwesenheit des Unterstaatssekretärs für Luftfahrt Balbo trat gestern die Internationale Luftfahrtkommission unter Teilnahme von Vertretern aus 24 Ländern zusammen. Balbo wies darauf hin, daß das Jahr 1927 dadurch eine besondere Bedeutung hat, daß es den Beginn der Ozeanluftfahrt bezeichnet. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde General Bicco gewählt.

— **Große Dresdner Kunst-Ausstellung** 1927. Montag, 11.55 Uhr eröffnet der 5000. Besucher der Ausstellung eine Kasse, gestiftet vom Telefunken-Werk. Der 10000. Besucher erhält 1 Literformel N. O. 17/110 und 2 Sinus-Röhren als Spende des Radio-Museum-Laboratoriums Dr. Hilde; der 15000. Besucher erhält einen Dreiröhren-Umpfänger der Firma Stehliker. Der 20000. Besucher erhält 2 Literformel N. O. 17/110 und 2 Sinus-Röhren als Spende der Fa. Stephan Haeffig. — Mittwoch, den 28. Oktober, 8 Uhr abends findet im Vortragsaal der Ausstellung die öffentliche Verteilung der Preise des Rührer-Wettbewerbes und die Verleihung der Ausstellungskarte statt. Die Preise werden vorher im Vortragsaal ausgeteilt. Der Kunstverein Dresden veranstaltet anlässlich der großen Kunstausstellung am Freitag, den 28. Oktober, 20 Uhr im Kulturhaus einen Kunstabend.

— **Nach 734 000 Kraftfahrzeuge in Deutschland.** Die Zahl der Kraftfahrzeuge in Deutschland vom 1. Juli 1927 hat einen Gesamtbestand von 734 000 Fahrzeugen ergeben, was gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 152 042 Fahrzeuge oder 20,6 Prozent bedeutet. Von der Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge entfielen 1927 auf Kraftwagen 46,2 Prozent (1926: 45,1), Personenkraftwagen 27 Prozent (26,1), Kraftkraftwagen 13,9 (15,7) und sonstige Kraftfahrzeuge 12,9 (12,1) Prozent.

— **Die 190. Kraftwagenlinie der D. V. G.** Die deutsche Kraftwagen-Gesellschaft hat die 190. Kraftwagenlinie von Chemnitz über Riesa, Dresden, nach Oberzossna. Nach einer Probefahrt am Sonntag, am welcher Vertreter der Reichlichen und Rüstlichen Behörden, einige Ehren Gäste und die Presse teilnahmen, wurde die Linie gestern dem öffentlichen Verkehr übergeben.

— **Kandidaten für den Wahlkreis des Auslandlichen Reichstages.** Für den Wahlkreis des Auslandlichen Reichstages sind grundsätzlich nur solche Bewerber mit höherer Schulbildung Annahme, die bei Reichs-, Landes- oder Kommunalbehörden dienstlich angestellt sind, und dort die Oberbefehlshaberstellung abgeleitet haben. Die Bewerber müssen gute Kenntnisse in der französischen und englischen oder auch in anderen Fremdsprachen nachweisen, von guter Gesundheit, d. h. tropenkrankheitsfrei, unverheiratet und etwa 36 Jahre, jedenfalls nicht über 50 Jahre alt sein. Sie müssen fotografieren können und die Schreibmaschine bedienen. Vorkurteilungen für den inneren Dienst sind nicht erforderlich. Vielmehr werden die planmäßigen Dienstleistungen der Zentrale aus dem Auslandsbereich entnommen. Jeder Bewerber muß daher zum Wahlkreis bei allen deutschen Reichsvertretern im Ausland bereit sein. Der Nachweis der erforderlichen französischen und englischen Sprachkenntnisse ist in einer Prüfung zu erbringen, die der Einberufung vorausgeht. Die einberufenen Kandidaten haben im Auswärtigen Amt einen einjährigen Ausbildungsfahrt durchzumachen.

— **Wohnungsnot und Verbrechen.** Den Zusammenhang zwischen Wohnungsnot und Verbrechen beleuchtet ein Bericht einer großen westdeutschen Strafanklage durch folgende Feststellungen. Von insgesamt 753 Strafgefangenen lebten nur 13, das sind nicht 2 v. d. H., in ihrer Jugend in Wohnungen, in denen zwei oder mehr Räume auf eine Person kamen; 154 Gefangene stammten aus Wohnungen, in denen ein Raum auf je eine Person kam, während die übrigen, also weitaus die größte Mehrzahl, ihre Jugend in kleineren, zum Teil erbärmlichen Wohnungen zubrachten. Angesichts dieses Zusammenhangs ist die nun schon so langjährige Wohnungsnot in Deutschland eine besonders ernste Gefahr für die Volksgesundheit. Je mehr Wohnungen, desto weniger Gefangene!

— **Die Sterblichkeit nimmt ab.** Beirreichte Zahlen bietet das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, das in seiner neuesten Ausgabe die absoluten Sterblichkeitsziffern für das Deutsche Reich seit 1871 bringt. Es haben, auf 1000 Einwohner berechnet:

1871 .. 29,6	1916 .. 19,2
1880 .. 26,0	1917 .. 20,5
1890 .. 24,4	1918 .. 24,7
1900 .. 22,5	1919 .. 15,6
1910 .. 18,2	1920 .. 15,1
1911 .. 17,8	1921 .. 13,9
1912 .. 15,6	1922 .. 14,4
1913 .. 15,0	1923 .. 13,9
1914 .. 19,0	1924 .. 12,3
1915 .. 21,4	1925 .. 11,9
1926 .. 11,7	

Wir sehen in den Kriegsjahren 1871 und 1914—1918 natürlich eine erhöhte Sterblichkeit, aber sonst eine beständige Abnahme der Sterblichkeit, ein lobendes Anerkennung für die deutschen hygienischen Wissenschaft und der fortschreitenden sanitären Durchbildung und Aufklärung der Bevölkerung. Sollen wir die Zahlen von 1918, dem letzten Friedensjahre, gegen die von 1926, so ergibt sich ein Rückgang der Sterblichkeit um 22 Prozent. Wir haben allen Grund, uns über diese Bevölkerungspolitik bedeutsame Entwicklung zu freuen.

— **Einrichtung eines Gefängnis-Museums.** Das Justizministerium hat beschlossen, an noch zu bestimmender Stelle ein Gefängnis-Museum einzurichten. Für die Aufnahme in das Museum kommen in Betracht: 1. Gegenstände sowie Körper- und flächenhafte Abbildungen, die die Geschichte des Gefängniswesens überhaupt veranschaulichen. 2. Gegenstände sowie Körper- und flächenhafte Abbildungen, die das flächenhafte oder das sonstige Gefängniswesen der Gegenwart veranschaulichen. 3. Gegenstände, Abbildungen und schriftliche Darstellungen, die Wesen und Wirkung der Gefängnisreform, die äußere Erscheinung und die geistige und seelische Gefängnisreform, Gefangener sowie Besonderheiten ihres Verhaltens kennzeichnen.

— **Ein Brand.** Am Sonntagabend gegen 1/7 Uhr brach in dem Keller der Firma Biele ein Kellerbrand aus. Die alarmierte Schicht konnte das Feuer auf seinen Herd beschränken und verhindern, daß es in einen weiteren Keller übergriff. Wo viel leicht entzündliches Material lagerte. Die Feuerwehr mußte mit dem Brandschutze vorrücken, um das Feuer zu unterdrücken. Die am Brandplatz zurückgelassene Wache mußte noch einmal kurz in Tätigkeit treten.

— **Rollen.** Gesundheitswoche. In der Zeit vom 28. Oktober bis 4. November findet hierseits eine Wanderausstellung über Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Wandern statt.

— **Dresden.** Vom neuemählten zweiten Bürgermeister von Dresden. Der von den Sozialdemokraten, Kommunisten und den beiden Volksrechtler mit einer Stimme Mehrheit für die zweite Bürgermeister von Dresden gewählte sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Hilde aus Wittenberg gibt seinen Freunden eine gute Nacht zu. Er hat, wie von mehreren Seiten bestätigt wird, an die Stadt finanzielle Bedingungen gestellt, die in allen Kreisen, besonders aber in denen seiner Wähler, großes Wohlwollen erregt. Er verlangt nämlich für seine Dresdner Bürgermeistertätigkeit etwa das Doppelte von dem, was sein Vorgänger erhalten hat. Die kommunalistische „Arbeitskommission“ sagt, Dr. Hilde habe geradezu unverständliche Forderungen an den Stadtrat der Dresdner Steuerzahler gestellt, und erklärt weiter, die kommunalistische Stadtverordnetenfraktion habe bei der Wahl Hilde als Verantwortung für die Wahl der Sozialdemokraten zugewiesen. Nunmehr werde die kommunalistische Fraktion diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten in Form einer Anfrage aufrollen. Hieran sei noch bemerkt, daß die beiden ersten

Bürgermeister der Stadt Dresden bisher einen wesentlichen Teil ihres Dienstvertrages nicht aus dem städtischen Haushalt bezogen, sondern in Gehalt von Kantien aus der städtischen Kasse. Die Sozialdemokraten scheinen nunmehr die Absicht zu haben, die Bezahlung des zweiten Bürgermeisters auf eine andere Basis zu stellen, um nicht, als man auch den Wünschen der beiden Volksrechtler gerecht werden möchte, die nur einen Mann wählen wollten, der sich verpflichten würde, auf die Bezahlung der städtischen Kasse zu verzichten. Nach alledem scheint es nicht ausgeschlossen zu sein, daß Bürgermeister Dr. Hilde sein Amt in Dresden gar nicht erst antreten wird. — Auch das Organ der „Sozialisten“, der „Volksstaat“, beschäftigt sich mit den Forderungen des neuemählten Bürgermeisters und schreibt: „Es setzt sich in der Tat, daß dieser linkssozialistische Bürgermeisterkandidat die Dresdner Steuerzahler in ganz ungewöhnlicher Weise zu schreien beginnt; die niedrigen Löhne der Arbeiterklasse, die allgemeine Not der Zeit sind für diesen Vertrauensmann der Sozialisten kein Anlaß, sich mit seinen Wünschen in den Grenzen der Billigkeit zu halten. Ein merkwürdiger „Radikalismus“ und „Sozialismus“ ist das fürwahr! ... Mit einem „Sozialismus“ bezieht, den der linkssozialistische Kandidat zur Schau gestellt hat, wollen die Sozialisten nichts gemein haben.“

— **Dresden.** Todesfall. Hierseits verstarb am 20. Lebensjahre der Sechste Sanitätsrat Dr. med. Oskar Hilde.

— **Dresden.** Der 3. Bürgermeisterposten. Vorstand und Wahlausschuss des Stadtverordnetenkollegiums sind weiterhin gestern Abend zu einer Sitzung zusammengetreten, die sich mit der Frage der Besetzung des 3. Bürgermeisterpostens beschäftigten sollte. Nach kurzer Dauer verzogte man sich jedoch, weil man der Ansicht war, daß zuvor erst noch der im Rechtsausschuss befindliche Antrag auf Streichung der 3. Bürgermeisterstelle im Plenum erledigt werden muß. Die Amtszeit des 3. Bürgermeisters Hilde läuft bekanntlich am 31. Oktober ab.

— **Dresden.** Zur Barman. Ein Piano erschwindelt. Am 7. dieses Jahres hat der 36 Jahre alte Buchhalter Wilhelm Hofmann von hier gegen eine geringe Anzahl ein Piano in einem hiesigen Geschäft gekauft. Ohne eine der vereinbarten Anzahlungen einzubahlen, hat er das Instrument bereits am 20. 7. mittags aus seiner Wohnung, Königstraße 26, von zwei unbekannten Männern auf einem Lastwagen wegstehlen lassen und es vermutlich weiterverkauft oder verpfändet. Hofmann selbst und seine Ehefrau sind seit diesem Tage verschwunden.

— **Riesa.** Ein kindlicher Brandstifter. Ein siebenjähriger Knabe brannte einen an der Hauptstraße nahe dem Der lebenden Strohhalm nieder, weil er sehen wollte, wie das Stroh brennt.

— **Leipzig.** Schwerer Verkehrsunfall. Der in Pirna wohnhafte 34 Jahre alte Eisenbahnbedienter Feurer befand sich mit seiner Ehefrau auf dem Radfahrweg. Beide zogen einen Handwagen mit alten Schwellen und fuhren vorsichtshalber auf der rechten Straßenseite. Auf der Hauptstraße umworf der Verkehr ein Auto den Bogen an, wobei Feurer und seine Frau zu Boden geschleudert wurden. Die Verunglückten wurden sofort nach dem Gebührenden in das Krankenhaus gebracht, wobei Feurer nach kurzer Zeit an den Folgen eines Hirnblutausstrusses verstarb. Seine Ehefrau kam mit leichten Verletzungen davon. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Der Autoführer will durch die Scheinwerfer eines entgegenkommenden Kraftwagens geblendet worden sein.

— **Pirna.** Teilnahme eines Betrügels. Der vor einigen Tagen unter Teilnahme von etwa 1000 RM. flüchtige gewordenen Betrügers wurde in Dresden festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt. Er hatte noch etwa 80 Mark bei sich.

— **Pirna.** Einen merkwürdigen Sport hatte sich ein junger Bursche ausgedacht. Er kletterte abends an der Feuerleiter des Kirchturms empor und wollte von oben mit einer Laternenlampe. Die Polizei hatte jedoch noch soviel Sportverständnis, daß sie den Kletterer nicht wegen groben Unfalls in Strafe nahm, sondern ihn mit einer Warnung davonkommen ließ.

— **Leipzig.** Auflösung von Rotbäumern. Das Rotbäumchen Beseiten ist jetzt nach Glasbäume verlegt worden und führt die Bezeichnung „Rotbäumchen Glasbäume“. Das Rotbäumchen Beseiten wird am 31. Oktober 1927 aufgelöst.

— **Pulsnitz.** 90. Geburtstag. Eine der ältesten Einwohnerinnen der Stadt Pulsnitz, Frau verw. Schuber, feierte am Sonntag ihren 90. Geburtstag.

— **Bad Schandau.** Autobusverbindung Hinterhermsdorf-Bad Schandau. Hier fand eine von der Amtshauptmannschaft Pirna veranstaltete Versammlung von Interessenten der Autobusverbindung Hinterhermsdorf-Bad Schandau statt. Das Ergebnis der oft sehr lebhaften Aussprache war, daß die künftige Autobusverbindung wieder aufgenommen wird, und zwar in der Weise, daß früh der erste und abends der letzte Wagen bis zum Bahnhof und zurück gefahren wird, während die übrigen Schienenwagen bis zum Bahnhofsdampferhalteplatz fahren, wo sie die Passagiere absetzen bzw. aufnehmen.

— **Schandau.** Tödlicher Unfall auf einem Elblahn. Bei Übergraben umworf der tschechischen Grenze wurde der Schiffer Weder aus Alten beim Umlegen des Netzes auf dem Elblahn von einer eisernen Kette so heftig getroffen, daß er auf der Stelle tot war.

— **Schandau.** Weiße des Kriegerehrenmals. Am Sonntag nachmittag hat unter Teilnahme der nationalen Militär-, Turn-, Gesangsvereine, der vaterländischen Verbände, des Militär-, der Stadtverwaltung und weiterer Kreise der Bevölkerung die Weiße des Kriegerehrenmals stattgefunden, das an der Leine des Schandauer Berges nach Art eines Hünengrabes unter Verwendung von Basaltblöcken mit rund 14 000 RM. Kosten errichtet worden ist. Im Mittelpunkt der eindrucksvollen Feier, die leider bei heftigem Regen vor sich gehen mußte und von Vorzügen der Kapelle des Reichswehrministeriums umrahmt war, stand die Weiße des Schandauer Superintendents Franke. Er legte zum Schluß eine Bleichkapsel in eine Vertiefung des Hünengrabes, welche die Namen von 325 Schandauer Kriegsgenossen auf pergamentener Urkunde, sowie die Namen der Ausdankungslieferanten und eine Liste der Geldspender für das prächtige Ehrenmal enthält. Weitere Redner waren der tschechische Ortsgeistliche Kapellmeister Scholz und der Vorsitzende des Denkmalausschusses, Lehrer Hilde. Erster Bürgermeister Dr. Hilde nahm das nach einem Entwurf der Dresdner Architekten Hilde und Stein durch Baumeister Hilde-Wittenberg ausgeführte Kriegerehrenmal, das eine neue Zierde Schandaus bildet, in die Verwaltung der Stadt.

— **Schandau.** Für den geplanten Bau einer Berufsschule soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, wofür der Rat 5000 RM. bewilligte und einen Ausschuss mit der Durchführung des Ausschreibens beauftragte. — Die Aufstellung von Kundfunkanlagen für die Volksschulen wurde genehmigt. — Die Aufstellung eines Generalbauplanes wurde nach dem Vorschlag des Bauauschusses genehmigt und dem Bauamt A. D. Sierst in Dresden übergeben.

— **Leipzig.** Die Leipziger Sozialdemokratie gegen den Reichstagsauflösungsantrag. Die Generalversammlung der Unterbezirks-Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat eine Entschließung gegen den Reichstagsauflösungsantrag angenommen, in dem es zum Schluß heißt:

Wir fordern ein Reichstagsauflösungs als wert- und sinnvolle Ausübung der Verfassung. Außerdem wurde Stellung genommen gegen die Volkskassenschule. Es dürfte, so heißt es in der Entschließung, von Arbeitern nur solche Volkskassenschulen anerkannt werden, in denen sozialistische Lehren gelehrt werden könnten. Was das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft betreffe, so müsse man danach trachten, daß der hierarchische Zustand erreicht werde, nach welchem dreierlei aller Gewerkschaftsmittelglieder in der Partei seien.

— **Leipzig.** Von der Anklage der Beleidigung freigesprochen. Das Landgericht Leipzig hat gestern den Kaufmann Bräuer von der Anklage der Beleidigung freigesprochen. Bräuer hatte dem Wohnungsamt Leipzig im Jahre 1924 den Vorwurf der Schleichung gemacht, hatte sich mit der Behörde wieder vertragen, als sie ihn verklagt hatte, und ist dann erneut wieder von ihr angeklagt worden. Mit der Sache hatte sich schon das Oberlandesgericht in Dresden zu befassen, das die nochmalige Verhandlung vor dem Landgericht in Leipzig anordnete, weil das vom Berufsgericht zuletzt gefällte Urteil, durch das Bräuer zu 300 RM. Geldstrafe verurteilt worden war, die Frage nicht geklärt habe, ob Wahrung berechtigter Interessen vorliege. In der gestrigen neuen Verhandlung sind diejenigen Zeugen, die nach Angabe Bräuers auffallend schnell zu einer Wohnung gekommen sind, nicht erschienen: die von Bräuer bezeugten Beamten sind ebenfalls nicht der Vorladung gefolgt, dem einen von ihnen wurde sogar vom Oberbürgermeister eine Schweigeverpflichtung auferlegt. Unter solchen Umständen ist Bräuer natürlich freigesprochen worden und das Wohnungsamt und die Stadt Leipzig haben sich vom Vertreter der Anklage im Hinblick auf die Nichterstellung ihrer Beamten zur Klärung des Sachverhaltes einige nicht gerade schmeichelhafte Bemerkungen gefallen lassen müssen.

— **Leipzig.** Am 21. Oktober sind keine Meldungen über spinale Kinderlähmung eingegangen. Am 22. ist ein Fall ärztlich gemeldet worden und zwar handelt es sich um ein am 24. September erkranktes Schulkind. Der Fall ist demnach nicht neu, sondern erst jetzt erkannt und nachträglich gemeldet worden. Die Gesamtzahl aller seit 1. Januar d. J. vorgekommenen Fälle an spinaler Kinderlähmung in Leipzig beträgt 182 Erkrankungsfälle (113 Kleinkinder, 47 Schüler einschließlich Berufsschüler und 12 Erwachsene) und davon 26 Todesopfer (11 Kleinkinder, 8 Schüler einschließlich Berufsschüler und 7 Erwachsene).

— **Obernhausen.** Beim Kartoffelbrand verunglückt. Beim Abbrennen von Kartoffeltraut wurde nach einer Blättermeldung aus Kleinneuhörsberg ein 13 Jahre alter Schulknaabe von Krämpfen befallen, so daß er in das Feuer fiel. Da nicht sofort Hilfe zur Stelle war, trug er schwere Brandwunden davon, die seine Überführung ins Krankenhaus erforderlich machten. Der Zustand wird als bedenklich bezeichnet.

— **Chemnitz.** Die Kinderlähmung in Chemnitz. Der Stadtbezirksrat teilt mit: Seit der letzten Mitteilung vom 4. Oktober sind zu den bis dahin gemeldeten 17 Erkrankungs-fällen, von denen 2 tödlich endeten, noch 3 Fälle, darunter 1 tödlich, hinzugekommen. Zusammen sind also seit 4. August 20 Erkrankungs-fälle mit 3 Todesfällen gemeldet worden. Es sind 13 Kinder unter 6 Jahre alt, 7 heilen im Schulalter. Die verstorbenen Kinder befanden sich im Alter von 3, 5 und 7 Jahren. Eine ganze Reihe von Erkrankten ist wieder genesen.

— **Annaberg.** Die Stadtverordneten haben die Verwendung des Stadttheaters zu Kinovorführungen während der Sommermonate abgelehnt.

— **Marxkräbber.** Vom Auto überfahren. Kurz hinter Marxkräbber wurde an einer Kurve der Straße ein Radfahrer von einer Leipziger Kraftdrolche überfahren und sofort getötet. Der Kraftwagenführer gab bei der Vernehmung an, den Radfahrer nicht gesehen zu haben, da dieser kein Licht führte.

— **Planen.** Vier Arbeiter durch Leuchtgas getötet. Im Grundstück Johannstraße 10 waren vier Arbeiter damit beschäftigt, eine Undichtigkeit an der Gasleitung zu beseitigen. Alle vier wurden teils durch unglückliches Anlegen der Gasmaske, teils durch das starke Ausströmen des Gases nacheinander betäubt, so daß ihre Einlieferung ins Krankenhaus erfolgen mußte. Hier konnten sie teils mit Hilfe des Pulsmotors der Berufsfeuerwehr am Leben erhalten werden.

— **Hersberg.** Eine wohl einzig dastehende Monomität konnte man hier sehen: ein Kalb mit einem Bulldoggen-geßicht wurde von hier nach Chemnitz verladen. Während die Hinterbeine ungefähr normal waren, sind die Vorderbeine zu kurz und die eines Hundes. Die Schnauze, Felsen, Augen, Ohren und der Schwanz waren die einer Bulldogge, sogar die aufgeraute Lippe fehlte nicht. Im übrigen war das Tier aber Kalb. Stehen konnte es nicht, lag aber wie ein Hund.

— **Gera.** Der für gestern nachmittag 5 Uhr anberaumten Stadtratssitzung blieben die Sozialdemokraten und Kommunisten geschlossen fern, weil ihnen der Tag nicht paßte. Da infolge Ausscheidens eines bürgerlichen Stadtratmitglieds die rechte Seite des Hauses nicht beschlußfähig war, mußte die Sitzung sofort vertagt werden. — Weil er nicht vorher durch Zeichen eine Richtungsänderung angekündigt hatte, wurde am Montag vormittag auf der Landstraße Gera-Stadt Roda ein Radfahrer, der mit seinem Geschirr plötzlich links in einen Feldweg einbiegen wollte, von einem ihn in diesem Augenblicke überholenden Auto erfasst und auf der Stelle getötet.

— **Wilmshausen b. Schludena.** Das letzte Ständchen. Einen eigenartigen Tod erlitt der in Nordböhmen weit und breit bekannte Musiker Franz Schneider in Wilmshausen. Der ewige Musikant nahm ihm mitten im Liebes das Instrument aus der Hand. Am vergangenen Sonntagabend hatte Schneider bei einem Ständchen anlässlich einer goldenen Hochzeit mitgewirkt. Danach begab er sich müde und froh ins Wirtshaus „zum Alten Gerich“. Die Musikerkasse wollte gerade ein lustiges Lied spielen, als Schneider plötzlich zusammenbrach und kurz darauf verschied. Ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein Ende gesetzt.

— **Wilmshausen b. Schludena.** Wenn man am Moselt ein-schläft. In einem Leipziger Gasthof schlief ein Gast, der gut bei Kasse war, ganz erheitert und ausgeliebt. Gegen Abend wurde ihm aber übel und er suchte ein kühles Getränk auf. Dort schlief er ein. Als er erwachte und sich auf den Heimweg begab, merkte er, daß ihm die Geldtasche mit 8000 Kronen Inhalt gestohlen worden war. Man fand die leere Tasche im Abort liegen. Vester Tage war nun der 29-jährige Arbeiter Rudolf Wilmshausen verhaftet worden, weil er mit dem Geld zu viel herumkam. Er gestand schließlich den Diebstahl und erhielt 7 Monate schweren Kerker.

Wäsche-Kretschmar Gegründet 1839

praktischer Hemdenschneider

Tadelloste sitzende Oberhemden und jegliche Herrenwäsche nach eigenem Idealsystem Krawatten und Unterzeuge

Leipzig, Markt Nr. 10, Rathaus gegenüber

Die heutige Nr. umfasst
12 Seiten.

Zur Wiederaufnahme der Arbeit im Braunkohlenbergbau.

1. Halle. Vom Deutschen Braunkohlenindustrieverein wird mitgeteilt: Die Wiederaufnahme der Arbeit im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau soll in verschiedenen Revieren durchweg ziemlich schnell voranschreiten.

Im Rastatter Revier zeigten die Arbeiter eine große Zurückhaltung; so führen auf der Grube „Mönchsberg“ nur 30 Prozent der Belegschaft am Montag in der Frühschicht ein. Auf anderen Gruben machten die Belegschaften die Wiederaufnahme der Arbeit von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig; sie bezogen sich meist auf die Entlohnung oder Eingangsprüfung. Die Verteilung der Arbeit sollte aber Verhandlungen abgesehen.

Teilweise waren die Werke auch nicht in der Lage, alle Arbeiter wieder einzustellen, meistens deshalb, weil während des Stillstandes Grubenbauten durch Ausschüttungen und Ausbrüche gestört waren. In anderen Fällen verbot sich die Wiederaufnahme wegen gänzlich unrentabilität, besonders im Grimmaer Revier. Hier handelt es sich also um dauernde Stilllegung.

2. Halle. Die von Arbeitgeberseite an den Ausschuss getreten über die Wiederaufnahme von Bergleuten mitgeteilt wird, hat der Arbeitgeberverband sich nur dazu verpflichtet und sich nur dazu verpflichtet, auf seine Mitglieder einzurufen, alle Leute wieder einzustellen. Diefem Wunsch steht aber das Versprechen gegenüber, das die Werke den während des Streiks neu eingestellten Arbeitern gegeben haben, sie bei Wiedernahme des Streiks nicht zu entlassen. Es ist aber zu hoffen, daß diese Unstimmigkeiten beseitigt werden.

3. Liebenwerda. (Rundfunk.) Auf zwei Gruben der Umgebung, Opa und Wilhelm, wird auch heute noch gearbeitet. Die Verteilung hatte auf diesen Gruben die Wiederaufnahme einer Anzahl Arbeiter abgelehnt, weil die wirtschaftliche Lage des Betriebes die Verminderung der Belegschaft erforderlich mache. Die Belegschaftsvereinsammlungen beschließen daraufhin die Fortsetzung des Streiks. Im übrigen ist die Arbeitsaufnahme im liebenwerdaer Revier vollständig erfolgt. Auch die Differenzen wegen der Wiedereinstellung von Bergleuten sind fast reiflos beseitigt.

Nachtrag

zum Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1927.

1. Dresden. Im Sächsischen Volksblatt Nr. 28 vom 22. Oktober wird das Gesetz über einen Nachtrag zum Gesetz über den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1927 veröffentlicht. Danach soll auf Grund des verabschiedeten Nachtrags zu dem außerordentlichen Staatshaushaltsplan auf das Rechnungsjahr 1927 der durch das Gesetz über den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1927 zu außerordentlichen Staatsausgaben ausgesetzte Gesamtbetrag um 13 700 000 RM. erhöht und die Regierung ermächtigt werden, die Ausgaben zu bewirken. Weiter soll das Finanzministerium ermächtigt werden, bis zum Betrage von 13 700 000 RM. die erforderlichen Mittel bis zur Aufnahme einer Anleihe durch Ausgabe von verzinslichen oder unverzinslichen Schatzanweisungen in inländischer oder ausländischer Währung oder durch Aufnahme von Darlehen zu beschaffen.

Die Wiener Reise des Reichstanzlers.

1. Berlin. Der Wiener Gegenbesuch des Reichstanzlers Dr. Warg und des Reichsministers des Auswärtigen Stresemann ist, wie die Woz. Stg. meldet, auf die Zeit vom 14. bis 16. November festgelegt. Warg und Stresemann reisen am Sonntag, den 13. November nach Wien ab und kehren am 17. nach Berlin zurück.

Im Bildungsausschuß des Reichstages

wurde zunächst ein kommunistischer Antrag, der die Verwendung der Artikel 146 und 149 der Reichsverfassung vorgelegen hatte, abgelehnt. Dasselbe Schicksal hatte ein kommunistisch-sozialdemokratischer Antrag des Reichsfinanzministers erlitten, damit er über finanzielle Auswirkungen des Reichsschuldenplans Auskunft erteile.

Darauf gab Reichsminister des Innern von Reubell eine zusammenfassende Erklärung über die Verhältnisse des Reichs und dessen Verhandlungen über das Reichsschuldenplan.

Deutsch-tschechoslowakische Besprechungen.

1. Berlin. Vom 18. bis 20. Oktober haben in Breslau zwischen deutschen und tschechoslowakischen Regierungsvertretern Besprechungen über die Eisenbahnen auf der deutsch-tschechoslowakischen Grenze stattgefunden. In Anknüpfung an Vorverhandlungen, die im vergangenen Jahre in Dresden geführt worden sind, hatten die Besprechungen den Zweck, den Abschluß eines tschechoslowakischen Abkommens mit der Tschechoslowakei vorzubereiten. Mit Rücksicht auf die erhebliche Zahl der in Betracht kommenden Bahnen, bei denen zum Teil die Verhältnisse verschieden liegen, muß mit einer längeren Dauer der eigentlichen Verhandlungen gerechnet werden; sie sollen demnächst in Prag geführt werden.

Republikanische Flaggenentwürfe.

1. Berlin. Der Arbeitsausschuß der „Republikanischen Fronte“ hat drei Vorschläge zur Regelung der Flaggenfrage ausgearbeitet, die der Reichsregierung und den Reichstagsfraktionen der Demokraten, der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei vorgelegt worden sind und für deren gesetzliche Durchführung die republikanische Fronte sich einsetzt.

1. Vorschlag betreffend die Nationalflagge: Jeder Deutsche, der eine ausländische Flagge führt, ist verpflichtet, in gleicher Höhe und in gleicher Größe eine Flagge in den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold zu führen.

2. Vorschlag betreffend die Handelsflagge: Die Schwarz-Rot-Goldene Flagge, die nach der Reichsverfassung für die Handelsflagge vorgeschrieben ist, muß ein Viertel des Flächenausmaßes ausmachen.

3. Vorschlag betreffend die Reichswehrflagge (bisher Reichsflugschiff): Die Reichswehrflagge (bisher Reichsflugschiff) ist Schwarz-Rot-Gold mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte.

Von drei Vorschlägen sind ausführliche Begründungen beigefügt.

Zum Reichsschulgesetz.

Stellungnahme der Demokraten.

Rundgebung zum Reichsschulgesetz.

Die Deutsche demokratische Partei begann am Sonntagabend mit der Veranstaltung eines Besprechungsabends, dem eine öffentliche Kultur-Rundgebung vorausgegangen war, auf der u. a. die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Bäumer nochmals zum Ausdruck brachte, daß es in dieser Frage für die Demokraten kein Kompromiß mit den Regierungsparteien im Reich geben könne, daß aber die Demokraten bereit wären, der Deutschen Volkspartei in der Durchführung ihrer gegen den Entwurf gerichteten und im Lande zum Ausdruck gebrachten liberalen Tendenzen zu helfen.

Der Kultur-Ausschuß der Partei beschäftigte sich auch mit dem Reichsschulgesetz und nahm eine Entschließung an, daß die Demokratische Partei unbedingt eintrete für die Volkserziehung, in der Verfassung als Regelschule geführte Volksschulen, die die Einheit der deutschen Kultur, die Bildungshöhe der deutschen Schule und die Festigung der deutschen Volksgemeinschaft am besten gewährleisten.

In der gleichen Versammlung sprach ferner noch Schulrat Georg Wolf, der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, über „Das Schulgesetz und die Volksschule“. Er stellte an die Spitze seiner Ausführungen das pädagogische Schulideal. Der Reichsschulgesetz ist nicht die große Aufgabe, die die Volkserziehung für den Aufbau der Schule stelle, sondern er verleihe nur eine Teillösung. Er stehe im Widerspruch zu der staatspolitischen und nationalen Entwicklung unserer Volksschule und auch zu ihrer pädagogischen und inneren Struktur. Das in der Verfassung vorgesehene Elternrecht werde durch den Entwurf verändert in ein „Minderelternrecht“. Der Schulgesetzentwurf stehe im grundsätzlichen Widerspruch zur Volkserziehung und widerspreche der pädagogischen Entwicklung der deutschen Schule. Er müsse aus dem Geist des Christentums heraus beseitigt werden, denn dieser wolle zur Erziehung, zur Gemeinschaft führen.

Landtagsabgeordneter Dr. Böhner sprach über „Das Reichsschulgesetz und die deutsche Volksschule“. Er dankte den 1500 Hochschullehrern für ihre Rundgebung gegen das Schulgesetz. Dieser Appell sei zugleich eine Erinnerung daran, daß die Republik die Trennungen im deutschen Volk dadurch überwinden wolle, daß sie im Schulwesen das Eingende unserer Volkstümlichkeit vorantreibe.

Die Versammlung billigte schließlich einstimmig die Forderung der demokratischen Reichstagsfraktion und forderte von ihr ein energisches Durchhalten auch in Zukunft.

„Liberaler Vereinigung“ und Schulgesetz.

1. Berlin. Dem Beschluß der „Liberalen Vereinigung“, mit allen Mitteln gegen die Annahme des Reichsschulgesetzes zu kämpfen, kommt infolgedessen Bedeutung zu, als der „Liberalen Vereinigung“ eine Anzahl volksparteiliche Reichstagsabgeordnete angehören. Es sind dies Prof. Dr. Rahl, Dr. Mittelmann, Dr. Gremer und Reinold. Von der Wirtschaftspartei gehören Dr. Wenzel und Rallat der „Liberalen Vereinigung“ an. Viel beachtet wurde, daß Prof.

Rahl an diesem Beschlusse der „Liberalen Vereinigung“ nicht beteiligt war, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß Rahl, obwohl er sich sonst bekanntlich mehr zum linken Flügel der deutschen Volkspartei hält, der Regierungspartei weniger ablehnend gegenübersteht als die Mehrheit seiner Fraktionskollegen. Wenn jedoch von bestimmten Seiten der Wunsch propagiert wurde, die „Liberalen Vereinigung“ möchte im Kampf gegen das Reichsschulgesetz die Führung übernehmen, so glauben wir auf das Bestimmteste versichern zu können, daß das schon ihrer Zusammensetzung nach garnicht in Frage kommt.

Vertretertagung des Sächs. Philologen-Vereins in Dresden.

1. Dresden. Der Sächsische Philologen-Verein hielt am 22. Oktober 1927 im Landtagsgebäude zu Dresden seine diesjährige Vertreterversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Studienrat Sauer, erhaltete den Jahresbericht, der die einstimmige Billigung der Vertreter fand. Nach einem eingehenden Vortrage des Studiendirektors Sauer über das

Reichsschulgesetz

kam es zu eingehender Aussprache. Als ihr Ergebnis wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Sächsische Philologen-Verein lehnt vom Standpunkt der höheren Schule aus den Reichsschulgesetzentwurf in seiner gegenwärtigen Fassung ab und begrüßt deshalb die Forderungen der Sächsischen Staatsregierung auf Abänderung dieses Entwurfs. Regelschule muß die Gemeinschaftsschule auf religiös-ethischer Grundlage sein. Die Aufsicht über alle Schulen und die Entscheidung in den Unterricht ist ausschließlich Sache des Staates. Vom Standpunkt der höheren Schule aus ist unbedingt zu fordern, daß der Beirath des geordneten Schulbetriebes so bestimmt wird, daß ein organischer und rechtzeitiger Übergang von der Volksschule zur höheren Schule gemäß der Reichsverfassung gewährleistet ist. Bedenken bestehen dagegen, solchen unter die Länder aufzunehmen, in denen das Gesetz erst 5 Jahre nach seiner Verkündung in Kraft treten soll, da dadurch manche Mängel der gegenwärtigen sächsischen Volksschulgesetzgebung noch 5 Jahre in Wirksamkeit bleiben würden. Schließlich dürfen vor Verabschiedung des Reichsschulgesetzes keinerlei Verhandlungen über Staatsverträge mit einer Religionsgemeinschaft, insbesondere über ein Konfessionsgesetz, geführt werden.

Zur Befolgsreform wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Der Sächsische Philologen-Verein hat mit Befremden davon Kenntnis genommen, daß der Reparationsagent nach jetzt gegen die beabsichtigte Verbesserung des Befolgsreformwunsches erhoben habe. Der Verein müsse es ablehnen, wenn noch im gegenwärtigen Stand der Befolgsreform solche Befürworte entscheidende Bedeutung erlangen und die künftigen Kriegsausgaben somit zum übermäßigen Teil auf Kosten der Beamten bezahlt werden sollten. Überdies hat Dr. Becker letzte Sonntag den Plan für die Akademikerkurse des nächsten Jahres dar, während Dr. Ehrentraut über den Entwurf des Landeslehrplans für die Volksschulen referierte.

Zur Befolgsreform.

1. Berlin. Ein Berliner Blatt veröffentlicht am Sonntagabend eine Information, wonach beabsichtigt sein soll, die Befolgsreform über die Befolgsreform so zu ändern, daß sich eine geringere finanzielle Belastung sowohl für das Reich als auch für die Länder ergebe. Demgegenüber verlangt von gutunterrichteter parlamentarischer Seite, daß eine solche Absicht nicht besteht, vielmehr angenommen sei, daß die Befolgsreform unverändert verabschiedet wird.

Das preußische Befolgsreform vor dem Ausschuß.

1. Berlin. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags begann mit der Vorberatung der Befolgsreform und beschloß, die vier Spitzenorganisationen der Beamten, nämlich den Deutschen Beamtenbund, den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, den Reichsbund höherer Beamten und den Reichsbund der Zivilbeamtenberechtigten zu dem Gesetz zu hören. Nach Abschluß der vorläufigen drei Tage dauernden allgemeinen Aussprache soll ein Unterausschuß eingesetzt werden. Der Berichterstatter, Abg. Ebersbach (DnL), meinte, auch der Deutsche Beamtenbund müsse das vorliegende Gesetz als brauchbare Verhandlungsgrundlage anerkennen. Er begrüßte, daß den Beamten ein Rechtsanspruch auf die Dienstaltersstufen zugeordnet sei und erhoffte Verbesserungen für Militäranwärter.

Der preussische Finanzminister Dr. Föhrer-Mischke gab zunächst auf Befragen eine Erklärung zu dem Schritte Walter Hilberts ab, wobei er sich auf die Veröffentlichung einer amerikanischen Zeitung bezog, daß der Reparationsagent in seinem Memorandum zur Finanzpolitik auch der Länder und Gemeinden Stellung nehme und dabei die Frage der Befolgsreform erwähne. Ich glaube nicht, so erklärte der Minister, daß dieses Memorandum dazu führen könnte, daß die Befolgsreform der Reichsregierung etwa zurückgenommen werden würde. Ich nehme weiter an, daß der Herr Reichsfinanzminister am Mittwoch, bei der Beratung des Haushaltsausschusses des Reichstags, an den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen wird und halte es daher nicht für zweckmäßig, die Erörterung über diese Angelegenheit hier zu vertiefen. — Weiter erklärte der Minister gegenüber den Bedenken, die die Arbeiterkammer, der Mittelstand, Landwirtschaft und Industrie vielfach anlässlich der Befolgsreform geltend gemacht hätten, man verkenne, daß die Befolgsreform nur das nachhole, was andere Berufsgruppen im Verhältnis zum Kriegszustand ihrer Befolgsreform schon erreicht haben. Nur ein kleiner Teil der Beamten erreichte nach der Erhöhung des Friedensgehalts. Wenn man also über das dem Reichskabinett gemachte Angebot von 120 Millionen hinaus, 130 Millionen von sich aus für die Befolgsreform ausweist, dann sei seiner bisherigen (parlamentarischen) Finanzpolitik, berechneten. Für den Rest müsse das Reich belien eingreifen. Ueber die Vorlage hinaus dürften Mehraufwendungen nicht be-schlossen werden.

Der Abg. Simon-Reufals (Soy.) trug Verbesserungs-mündig vor, anerkannte aber, daß der preussische Finanz-minister für das kommende Halbjahr für Deckung gefordert habe.

Heute Dienstag sollen die Beamten-Spitzenorgani-sationen gehört werden.

12. Sitzung der Mandatskommission des Völkerbundes.

Genf. Die gestern eröffnete 12. Sitzung der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes erregte durch die erstmalige Teilnahme eines deutschen Vertreters besonderes Interesse. In seiner Begrüßungsansprache dankte der Präsident Theobald neben den bisherigen Mitgliedern der Kommission diesen deutschen Vertreter, Geheimrat Dr. Kahl, herzlich willkommen. Nach dem Vorsitzenden der Kommission erstattete Vizepräsident von Nees-Eoland Bericht über die vor kurzem abgehaltenen Beratungen des Völkerbundesrates und der Völkerbundesversammlung über Mandatsfragen, wobei er auf die günstigen Urteile über die Tätigkeit der Mandatskommission von Seiten Roms und anderer Vertreter in der 6. Kommission der Völkerbundesversammlung hinwies. Darauf ergriff Geheimrat Dr. Kahl das Wort zu einer kurzen Einführungsansprache. Er betonte, daß er mit einem Hören das Amt, zu dem ihn der Völkerbundesrat berufen habe, angenommen habe. Er sei bereit, sein bestes Können der Kommission zur Verfügung zu stellen und das Seine zur intellektuellen und wirtschaftlichen Debatte der Bevölkerung der unter Mandat stehenden Gebiete beizutragen. Präsident Theobald gab in warmen Worten seiner Überzeugung Ausdruck, daß die großen Fähigkeiten Dr. Kahls auf finanziellen und kolonialen Gebieten der Kommission von großem Nutzen sein werden, und daß die Mitwirkung des deutschen Mitglieds überhaupt zweifellos sowohl für die Mandatsmacht als auch für den Völkerbund und die unter Mandat stehenden Gebiete von großem Vorteil sein werde. Das schweizerische Mitglied der Kommission, Professor Rappard, Rektor der Universität Genf, der darauf das Wort nahm, betonte wie von Nees, daß anlässlich der letzten Sitzung des Völkerbundesrates und der Völkerbundesversammlung keinerlei Kritik an den Arbeiten der Kommission geäußert worden ist, daß im Gegenteil die Arbeitsweise und die Auffassung der Kommission allgemeine Billigung fand. Am Schluß der öffentlichen Sitzung erstattete der Direktor der Mandatsabteilung des Völkerbundessekretariats, Catalini, einen kurzen Bericht über die Arbeiten dieser Session.

Genf. Am Schluß der gestrigen öffentlichen Sitzung der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes kam es zu einem kleinen Zwischenfall. Der Vizepräsident der Kommission, von Nees, erwähnte gelegentlich einer Darstellung des Arbeitsprogramms der Tagung auch ein Schreiben der französischen parlamentarischen Zeitschrift *La Voix* par le droit, in dem darauf aufmerksam gemacht wurde, daß in gewissen Atanten und Schulbüchern die Mandatsgebiete Syrien, Palästina usw. als koloniale Länder bezeichnet werden. Er bemerkte, daß die Kommission diese Dinge nachprüfen sollte. Der schweizerische Delegierte Professor Rappard führte aus, es wäre ein Irrtum, dieser Angelegenheit eine zu große Bedeutung beizumessen. Es handle sich wahrscheinlich um ein Versehen, das ohne Schwierigkeit aus der Welt geschafft werden könne.

Zur Vermögenssteuerveranlagung 1927.

Am. Für die zur Zeit in Gang befindliche Vermögenssteuer-Veranlagung kommen für die Landwirtschaft, da der Wert des landwirtschaftlichen Vermögens grundsätzlich nicht neu festgesetzt, sondern mit dem bisherigen Einheitswert angesetzt wird, vor allem die Tarifvorschriften in Betracht. Von Wichtigkeit ist, daß für 1927 der Normalfall von 5 v. H. für kleinere Vermögen bis zu 50 000 RM. ermäßigt, für Vermögen über 50 000 RM. dagegen erhöht wird. Die Steuer von 5 v. H. ermäßigt sich bei einem abgerundeten Vermögen

bis zu 10 000 RM. auf 1 v. H.
über 10—20 000 RM. auf 2 v. H.
über 20—30 000 RM. auf 3 v. H.
über 30—50 000 RM. auf 4 v. H.

Beträgt das Vermögen mehr als 50 000 RM., so beläuft sich die Steuer auf 5 v. H., und zwar für das ganze Vermögen, da die oben genannte Staffelung keine sogenannte Antzshaffel darstellt. Diese gilt auch für Vermögen, die niedriger sind als 50 000 RM. Beträgt das steuerpflichtige Vermögen i. B. 35 000 RM., so beläuft sich die Steuer für den ganzen Betrag auf 4 v. H., — 1400 RM., jährlich.

Von der Progression der Steuer für Vermögen über 50 000 RM. ist kraft ausdrücklicher Gesetzesvorschrift (§ 7 Abs. 3 Satz 2 EStG.) das Vermögen, das durch die Ertragsbesteuerung der Länder und Gemeinden bereits vorbelastet ist, ausgenommen. Mit anderen Worten, von dem Einheitswert des landwirtschaftlichen Vermögens darf kein höherer Satz als 5 v. H. erhoben werden. Besteht also ein Landwirt außer einem landwirtschaftlichen Betrieb mit einem Einheitswert von 400 000 RM., noch sonstiges Vermögen von 300 000 RM., so sind 400 000 RM. mit einem Satz von 5 v. H. und nur die 300 000 RM. mit einem Satz von 5 v. H. zu versteuern. Eine besondere Feststellung, inwieweit das landwirtschaftliche Vermögen im einzelnen Fall der Realbesteuerung der Länder und Gemeinden unterliegt, bedarf es nicht. Die Landwirte werden nur tun, die Vermögenssteuerbescheide auf die richtige Anwendung des Steuerfußes hin zu prüfen, wobei darauf zu achten ist, daß der niedrige Satz von 5 v. H. für den Brutto-Einheitswert, also ohne Abzug der Schulden, gilt. Wenn in dem oben genannten Beispiel auf dem landwirtschaftlichen Betrieb im Werte von 100 000 RM. Hypothekenschulden von 100 000 RM. lasten, so dürfen sie zur Berechnung des auf das landwirtschaftliche Vermögen fallenden Steuerfußes von 5 v. H. nicht abgezogen werden. Der Abzug ist vielmehr, wenn zu dem landwirtschaftlichen Vermögen noch sonstiges Vermögen hinzukommt, bei diesem vorzunehmen, so daß sich der Teil des Vermögens, der dem Satz von mehr als 5 v. H. unterliegt, dadurch ergibt, daß von dem Gesamtvermögen (i. B. 400 000 RM. Einheitswert und 300 000 RM. Kapitalvermögen — 100 000 RM. Schulden — 800 000 RM. Gesamtvermögen) der Bruttowert des Einheitswertes abgezogen wird.

Politische Tagesübersicht.

Die Vorwürfe gegen den Berliner Oberbürgermeister. In einem Artikel der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* wurden im Zusammenhang mit dem Flaggenkonflikt gegen den Berliner Oberbürgermeister Dr. Koch und den Magistrat der Stadt Berlin schwere Anklagen gerichtet. Mehrere deutschnationale Bundtagsabgeordnete machten diesen Artikel zum Gegenstand einer kleinen Anfrage und baten das Staatsministerium u. a. um Auskunft, was es getan habe, um die schweren Anklagen gegen den Oberbürgermeister und den Magistrat der Stadt Berlin nachzuprüfen. In seiner Antwort bezeichnet der preussische Minister des Inneren die in dem Artikel indirekt auch gegen die Kommunalverwaltungsbehörden gerichteten Anklagen, die ohne den Versuch einer sachlichen Begründung den ganz allgemeinen Vorwurf der Unfähigkeit, Korruption und Egoismuswirtschaft erhoben, als derartig haltlos, daß er es ablehne, sich mit ihnen zu befassen.

Der Standpunkt der Schweiz zur Frage der Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote. In einem Vortrag über den Standpunkt der Schweiz zur Frage eines internationalen Übereinkommens über Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote und der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen erklärte Rechtsanwalt Studt, Direktor der Handelsabteilung des

eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements und Schweizer Delegierter auf der hier tagenden Konferenz u. a.: Die Schweiz hat kein Interesse daran, daß unter allen Umständen eine Konvention geschlossen kommt, und sie steht auf dem Standpunkt: lieber keine Abmachung als eine schlechte. Mit anderen Worten ist die Ansicht, daß eine Konvention, die im großen und ganzen nur den heutigen durchaus unbedingten Zustand legalisieren würde, eine schlechte, also eine abzulehnende Konvention wäre. Die Schweiz wird, ihrer bisherigen Politik getreu, ein internationales Schiedsgericht, auch ein obligatorisches, in allen aus der etwa zu handelnden Konvention entstehenden reinen Rechtsfragen nicht ablehnen, dagegen ausdrücklich verlangen, daß überall dort, wo es sich wie bei der Handelsvermittlung, den Gesundheitsfragen usw. um bloße Ermessungsfragen handelt, die ausschließliche und endgültige Entscheidung den einzelnen Staaten vorbehalten bleiben muß.

Erkundung eines amerikanischen Konsularagents in Chile? Wie aus Tacoma gemeldet wird, soll der Vertreter einer Salzpetzgesellschaft namens Russell, der gleichfalls amerikanischer Konsularagent war, getötet worden sein. Der Mörder ist der Meinung zufolge verhaftet worden.

Für das Deutschtum in Süd-Tirol. Die demokratische Reichstagsfraktion hat die italienischen Regierungsmassnahmen in Süd-Tirol zum Gegenstand einer Interpellation gemacht, in der gesagt wird: Was gedenkt die deutsche Reichsregierung dem gegenüber zum Schutz des deutschen Volkstums im Ausland zu tun? Welche Schritte gedenkt sie zu unternehmen, um die kulturellen Rechte deutscher Volksgenossen gegen die maßlosen Terrorakte ihrer Regierungen zu schützen?

Keine Ermordung eines schischonowitschen Diplomaten in Berlin. Zu den umlaufenden Gerüchten über angebliche Ermordung eines schischonowitschen Diplomaten in Berlin erfahren wir von unterrichteter Seite, daß diese Gerüchte völlig unrichtig sind. Sie haben ihre Entstehungsurache vielmehr in dem Umstand, daß der Legationsattaché der schischonowitschen Gesandtschaft in Berlin, Dr. Hermann Lingar, vor einigen Tagen bei einer Autofahrt verunglückte und ein Bein brach.

Deutschlandreise des Prinzgemahls der Niederlande. Wie der Vertreter des B.N.D. erfährt, beabsichtigt Prinzgemahl Heinrich am 30. Oktober eine mehrtägige Reise nach Deutschland anzutreten.

Gedenkt der 50-jährigen Gründungstages der Christlich-Sozialen Partei. Im Reichstag fand eine gut besuchte Versammlung christlich-sozialer Abgeordneter der Deutschen Nationalen Volkspartei statt, an der auch Vertreter der Christlich-Sozialen Vereins Berlin teilnahmen, um die Feier des 50-jährigen Gründungstages im Januar 1928 vorzubereiten. Dem Vernehmen nach wurde beschlossen, eine öffentliche Gedächtnis-Kundgebung zur 50. Wiederkehr des Gründungstages der Christlich-Sozialen Partei zu veranstalten. Es ist ein Ehrenausflug in der Bildung begriffen, dem bereits namhafte Persönlichkeiten des christlich-sozialen Lebens angehören. In Verbindung damit soll eine Reichskonferenz der christlich-sozialen Gruppen, die aus dem Boden der Gedankenwelt Adolf Stöckers stehen, am gleichen Tage in Berlin abgehalten werden. — Anfragen sind zu richten an den Reichstagsabgeordneten Emil Hartwig in Berlin, Reichstag.

Um die Erhöhung der polnischen Beamtengehälter. Die beabsichtigte Erhöhung der Beamtengehälter um nur zehn Prozent hat in allen Kreisen der polnischen Beamenschaft große Erregung hervorgerufen, da die Erhöhung in seinem Verhältnis zu der augenblicklichen Steuerkraft steht. Im Zusammenhang hiermit beschloß der Vorstand der polnischen Beamtenvereins, bei der Regierung energische Schritte einzuleiten, um eine größere Erhöhung durchzusetzen.

Mussolini über die Geschichte des Faschismus.

Paris. (Telunion.) Das *Journal* veröffentlicht zum fünften Jahrestag des Faschismus einen Aufsatz Mussolinis über den geschichtlichen Werdegang der Bewegung. Im August 1922 hätten sich in Italien zwei Mächte gegenübergestellt: die liberale demokratische Regierung und die faschistische Organisation. Dem alten, auf den Mehrheiten begründeten System und den Coulouir-Intelligenz habe der Faschismus ein Ende gemacht. Als die faschistische Aufstandsbewegung beendet gewesen sei, habe die revolutionäre Welle mit der Einrichtung des faschistischen Senates und der Miliz begonnen. Damit sei der Bruch zwischen dem alten und neuen System endgültig geworden. Das Neue des Faschismus bestehe in der Schaffung eines Autoritätsstaates, der allen Klassen offen stehe und alle Interessen wahrnehme. Dies sei eine Lehre, die Italien der modernen Welt gegeben habe. Heute, fünf Jahre nach dem Marsch auf Rom habe der Faschismus seine Aufgaben noch nicht beendet; er werde auch im Jahre 1928 noch zahlreiche Probleme zu lösen haben.

Erfolg Schanghais.

London. Wie Reuters erfährt, haben einer amtlichen chinesischen Meldung zufolge die gegen Fengguisang operierenden Schantungstruppen die Stadt Schanghai südlich von Nanking eingenommen.



Verlassen Sie immer bessere Inserate als Ihre Konkurrenz. Das beste Geschäft wird zuerst an der besten Adresse erkannt. Und die besten Inserate erzielen den größten Umsatz.

Gut durchdachte Ankündigungen finden schnelle und gute Verbreitung durch das täglich erscheinende

Neuer Anzeigblatt.

Es bringen Kunden ins Geschäft. Anzeigenannahme täglich von früh 8 bis abends 6 Uhr in der Tagesblatt-Geschäftsstelle, Neua, Goethestraße 59, Telefon 20.

Niederlage der Aufständischen in Mexiko.

Mexiko. (Huntbruch.) Die Bundesstruppen griffen gestern die Truppen des aufständischen Generals Gomez an und vertreiben sie aus ihren Stellungen nach schweren Kämpfen.

Die Europäer-Entführung in Marokko.

Rabat. Ein Abgesandter, der mit den von Eingeborenen entführten Europäern Absprache nehmen sollte, ist nach Beni Melal zurückgekehrt. Er erklärte, daß sich die Befangenen in einem Hause in Beni Melal aufhielten und gut behandelt wurden. Sie hätten um Kleidung gebeten, die ihnen überhandt worden sei.

Die Verhandlungen über die Freilassung der entführten Europäer in Marokko.

Rabat. (Huntbruch.) Der zu den Dissidentenstämmen entlassene französische Unterhändler berichtet: Daß über die Bedingungen über die Freilassung der vier entführten Europäer unter den Stämmen Meinungsverschiedenheiten bestehen; diese Meinungsverschiedenheiten drohen die Verhandlungen in die Länge zu ziehen.

Ueberfall

auf eine französische Abteilung in Marokko.

Rabat. (Huntbruch.) Südlich vom Fluß El-Abid ist gestern die Besatzungsabteilung eines Lebensmittellagers in einem Hinterhalt von Dissidenten überfallen worden. Drei französische Legionäre wurden getötet.

Ausschluß Trozki und Sinowjews.

Moskau. Das Zentralkomitee hat beschlossen, Sinowjew und Trozki aus dem Zentralkomitee auszuschließen.

Moskau. Der Beschluß über den Ausschluß Sinowjews und Trozki weist darauf hin, daß das vereinigte Plenum des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission, das im August tagte, gegenüber Trozki und Sinowjew eine weitgehende Duldsamkeit und Nachsichtigkeit dadurch an den Tag gelegt habe, daß es ihnen die Möglichkeit gab, ihr Verbleiben über die Loslösung vom Fraktionskampf einzubringen und sich damals auf eine Verwarnung, die die letzte war, beschränkte. Trozki und Sinowjew betrogen jedoch abends die Partei und verließen in größtmöglicher Weise ihre übernommenen Verpflichtungen, indem sie den Fraktionskampf gegen die Partei und deren Einheit auf eine Stufe brachten, die an die Gründung einer neuen Partei gemeinsam mit den bürgerlichen Intellektuellen grenzte. Das Plenum beschloß, das gesamte Material über die separatistische Tätigkeit der Führer der Trozki'schen Opposition ebenso wie der Gruppe Sinowjew-Supranow dem 15. Parteikongress zur Prüfung zu unterbreiten.

Prinz Carol über seine Stellung

zu der gegenwärtigen rumänischen Regierung.

Paris. In einer Unterredung mit einem Vertreter der Agentur *News* erklärte der seit einiger Zeit in Dinard zur Erholung weilende Prinz Carol auf die Frage, ob es wahr sei, daß Abgesandte aus Rumänien sich kürzlich mit ihm über seine eventuelle Rückkehr nach Rumänien in der nächsten Zeit ausgesprochen hätten, jedermann wisse, daß er niemals die Absicht mit seinen Freunden in Rumänien aufgegeben habe, ebensowenig, wie mit allem, was rumänisch sei. Er sei zwar nicht Thronpräsident, denn ein Präsident handele und intriguere, alles Dinge, deren er sich seit seiner Abreise aus Rumänien vollkommen enthalten habe. Dies bedeute jedoch nicht, daß ihm, wie man in Rumänien behauptet, die konstitutionellen Fragen gleichgültig seien. Er betone, wenn das Land ihn rufe, werde er diesem Rufe sofort Folge leisten. Auf die Frage: „Was verstehen Sie unter Land? Sowie die politischen Parteien, die Regierung, die Presse oder die öffentliche Meinung?“ antwortete der Prinz: „Von all diesem ein wenig“. Auf den Hinweis des Korrespondenten auf seinen formellen Thronverzicht antwortete Prinz Carol, es gebe verschiedene Arten, einen Thronverzicht zurückzuführen, wenn man sich erst einmal über seine Rückkehr geeinigt habe, beispielsweise einen Parlamentsbeschluss, eine Volksabstimmung oder eine Verhandlung unter den Parteien. Alsdann wandle sich Prinz Carol gegen die gegen seine Person gerichteten Angriffe. Er erklärte, er sei entrüstet, daß der Chef der Regierung seines Landes ihn offen des Senismus oder des Russifizismus beschuldige. Er sei um so mehr darüber entrüstet, weil dieser Politiker genau wisse, daß das, was er erklärt habe, gänzlich falsch sei. Diese Haltung sehe ihn um so mehr in Erstaunen, als er sich stets enthalten habe, irgend jemanden anzugreifen oder gar eine politische Partei, denn er sei der Ansicht, daß jemand, der darauf vorbereitet werden soll, zu regieren, nicht das Recht habe, der Freund oder der Feind irgend einer Partei zu sein, da er eine Partei doch nur als Ausdruck eines Teiles der öffentlichen Meinung betrachten dürfe. Kundgebungen der öffentlichen Meinung durch die Presse oder durch andere Mittel würden durch die strenge Zensur, die in Rumänien herrsche und die nur Nachrichten durchlasse, die seiner Sache in der öffentlichen Meinung schädlich sein könnten, unmöglich gemacht. Der Beweis hierfür sei die Tatsache, daß eine in Rumänien ziemlich verbreitete Zeitung einen Artikel veröffentlicht habe, in dem behauptet worden sei, er, Prinz Carol, sei das hauptsächlichste Hindernis einer freundschaftlichen Regelung der Nachfolge seines Vaters. Er habe länger als einen Monat warten müssen, um ein schwaches Dementi durchzusetzen. Er sei es übrigens, der in dieser Angelegenheit betont habe, daß das Testament des Königs gewissenhaft beachtet werden müsse. Die Regierung in Bukarest habe die strengsten Maßnahmen ergriffen, damit seine im Juli in einer Pariser Zeitung erschienenen Erklärungen in Rumänien nicht bekannt würden. Er habe sich für berechtigt, gegen diese Dandlungswiese, die zu einem allgemeinen Verleumdungssystem gehöre, zu protestieren. In Rumänien würden gegenwärtig diejenigen, die ihm irgendwelche Sympathie bezeugten, schikanieren. Wenn dies alles auch im zivilen Leben keine Bedeutung habe, so sei es jedoch eine sehr gefährliche Methode, wenn man sie auf die Beamten und die Offiziere anwende, denn man führe auf diese Weise die Politik in das Meer ein, was der Anfang des Ruins eines Landes sei.

Der rumänische Ministerrat gegen Carol.

Bukarest. Ueber den Ministerrat, der gestern abend um 8 Uhr beendet wurde, wird folgender amtlicher Bericht veröffentlicht:

Die in der ausländischen Presse veröffentlichten Nachrichten über eine Bewegung für Carol in Rumänien sind falsch. Die ganze Bewegung beschränkt sich auf eine Einladung, die der ehemalige Kronprinz an die verschiedenen Parteiführer einschließlich den Premierminister zu richten versuchte, um das rumänische Volk zu einer Stellungnahme über seine Rückkehr auf den Thron zu veranlassen. Da eine derartige Handlung einen direkten Angriff auf die Verfassung und die Sicherheit des Staates darstellt, wurde der Ueberbringer der Briefe, Manolesco, verhaftet und dem

Gericht überfließt. Die Regierung ist sehr entschlossen, die gerichtliche Ordnung des Staates zu beschützen und wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um alle derartigen Versuche zu verhindern.

Platz über den Frieden.

Paris. Kriegsminister Painlevé hielt bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in St. Mandé eine Rede, in der er sich gegen die Vermutung, daß derartige Reden anlässlich der Einweihung von Kriegerdenkmälern dazu bestimmt seien, daß und Manöver wieder zu beleben, was die Gesinnung gewollt hätten, sei lediglich der Frieden in Unabhängigkeit und Freiheit, der Frieden als höchstes Gut der Völker, wenn er auf Recht und Gerechtigkeit beruhe. Jeder verantwortliche Staatsmann, dessen Bemühungen nicht fortwährend der Aufrechterhaltung und Konsolidierung des Friedens gewidmet seien, sei ein Feind der Menschheit. Heute seien in der Welt gewaltige Kräfte vorhanden, die für den Frieden arbeiteten. Sie hätten die Mehrheit für sich. Andere wiederum, die von vorweggenommener Organisierung und geleitet würden, trieben zu Gewalt und blutigen Abenteuern hin. Erhöre durch alle Mittel zu begünstigen und leitere ohne Schwäche zu ermutigen, daß ein mutiges, geduldaues und langwieriges Beginnen, das den Regierungen obliegt, wenn sie den Frieden sichern wollten. Frankreich müsse das Beispiel hierfür geben. Schiedsgerichtsverfahren, Sicherheit und Abrüstung blieben das Ziel und der französische Politik. Frankreich mit einer Defensiv-Organisation zu versehen, die gewaltig sein müsse, wenn sie bei einem Angriff in Tatkraft treten muß, jedoch nicht geeignet sei, für irgend ein imperialistisches oder Eroberungsversuch, selbst gleichfalls der Sache des Friedens in wirksamer Weise dienen.

Lord George über Friedensvertrag und Rheinlandsbesetzung.

London. Lord George führte in einer Versammlung von Völkerverbundfreunden u. a. aus: Als der Friedensvertrag ausgearbeitet war, erkannte man, daß es später notwendig sein werde, Verfügungen daran vorzunehmen. Allein der Völkerverbund kann diese Verfügungen vornehmen, aber an jedem Versuch einer Revision muß mit Geduld und Besonnenheit vorgegangen werden. Die Gefahr rührt von der zu rigorosen Auslegung der Verträge oder der Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen durch die Völkerverbündeten, insbesondere von der Nichtanwendung der Vertragsbestimmungen zum Schutze der Rheinlande und ebenso von der Fortdauer der Rheinlandsbesetzung, auch nachdem Deutschland demüht ist, seinen Pflichten vollständig und wirksam nachzukommen. — Lord George erklärte weiter noch, er empfinde Beunruhigung über die Folgen für den Fall, daß sich die französische Regierung zugunsten einer Verlängerung der Rheinlandsbesetzung entscheide.

London. In seiner Rede in einer Versammlung der britischen Liga für den Völkerverbund wies Lord George noch darauf hin, daß die Streitigkeiten und Kriegsvorbereitungen in Europa das Gefühl aufkommen ließen, daß es zu einer Wiederholung der Katastrophe von 1914 kommen werde, wenn nicht die Völkerverbündeten das Übergeordnete erlangten. Der Völkerverbund allein könne die vorhandenen Schwierigkeiten beseitigen, ohne einen Konflikt hervorzurufen. Der Hauptgrund zur Unruhe bestehe in der flagranten Nichtachtung der hinsichtlich der Abrüstung gegebenen Versprechen. Die Siegerstaaten hätten insgesamt 10 Millionen Soldaten, die besiegten Nationen dagegen nur 250 000. Und das werde Sicherheit genannt. Europa könne keinen Frieden haben, solange die Abrüstung nicht überall durchgeführt sei. Wenn nicht diejenigen, die die Friedensverträge erzwangen, abzurufen, würden sie einen großen Vertrauensbruch begehen. Lord George sagte weiter, er lege großen Wert auf die Rückkehr Rußlands in die brüderliche Gemeinschaft der Nationen. Ueber den Rißerfolg der Genfer Marinekonferenz sprach Lord George sein Bedauern aus.

Der Tod des Feldhüters Haas vor dem englischen Kriegsgericht.

Der Täter freigesprochen.

Wiesbaden. (Telefon.) Der englische Soldat Garlick, der am 9. Oktober d. J. den Feldhüter Haas in Cronberg durch einen Stoß vor den Leib zu Boden stieß, wobei Haas eine schwere Schädelverletzung erlitt, an deren Folgen er starb, ist gestern vom englischen Kriegsgericht in Wiesbaden freigesprochen worden. Nach der Aussage der am Zusammenstoß beteiligten Engländer hatten sie am dem Abend versehentlich den Garten betreten, in dem sie von Haas gesteckt wurden. Sie hatten sich von dem Feldhüter bedroht gefühlt. Garlick hätte Haas den Spargelstock entwunden und ihm einen Stoß vor den Leib gegeben, worauf der Feldhüter hingefallen sei. Keiner hätte geglaubt, daß dem Mann dabei etwas geschehen sei. Ein als Zeuge vernommener Cronberger gibt an, keine Bedrohung von Seiten des Haas bemerkt zu haben. Haas habe die Engländer zur Rede gestellt, worauf Garlick Haas den Stock entzieh und ihn zu Boden stieß. Ein deutscher Arzt hat festgestellt, daß Haas durch den Schlag vor dem Leib ohnmächtig geworden sei und sich bei dem Sturz einen Schädelbruch zugezogen habe, an dessen Folgen er dann starb. Garlick wurde mit der Begründung freigesprochen, daß er sich bedroht gefühlt und in Notwehr gehandelt habe.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Telefon.) Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichsaußenminister Dr. Stresemann zum Vortrag.

Gesundung Dr. Franks.

Graz. Das Allgemeinbefinden des Gefandten Dr. Frank, der sich betreuend hier kürzlich einer Operation unterziehen mußte, ist in jeder Beziehung zufriedenstellend. Die Operationswunde ist glatt verheilt. Der Patient wird morgen zum ersten Male für kurze Zeit das Bett verlassen.

Reichsminister Dr. Schiele bei Dr. Feldt.

Dresden. Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Schiele hat gestern dem Ministerpräsidenten Dr. Feldt einen Besuch gemacht.

Geschäftsbericht

der Reichspost über das Wirtschaftsjahr 1926.

Berlin. Die Deutsche Reichspost hat letzten ihren Geschäftsbericht über das Wirtschaftsjahr 1926 (1. April 1926 bis 31. März 1927) veröffentlicht. Der Bericht bietet an der Hand von zahlreichen Schaubildern und statistischem Material auf rund 100 Seiten eine umfassende Uebersicht über die einzelnen Betriebsbereiche der Deutschen Reichspost sowie über die Personalverhältnisse. Ein Abschnitt über das Finanzwesen enthält die Bilanz nach dem Stande vom 31. März 1927 sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 1926.

Rüchler hat Gilberts Brief beantwortet.

Berlin. (Telefon.) Das B. Z. berichtet über die Beantwortung des Memorandums: Der Reichsfinanzminister Dr. Rüchler hatte in letzter Zeit wiederholt Besprechungen mit dem Reparationsagenten und dabei soll Dr. Rüchler dem Wunsch ausgedrückt haben, der Reparationsagent möge seine Wünsche schriftlich niederlegen. Das Schreiben Parker Gilberts nimmt in der Einleitung auf diesen Wunsch des Reichsfinanzministers Bezug. Wie das Blatt weiter erklärt, hat der Reparationsagent ein entsprechendes Bescheid gegeben. Die Denkschrift selbst war keine Uebersetzung für das Kabinett. Eine Uebersetzung war nur die ungefähre Übersetzung in den New York Times, die niemand mehr beäugelt als der Reparationsagent.

Berlin. (Telefon.) In der deutschen Öffentlichkeit ist man in Bezug auf den Schritt des Reparationsagenten etwas von durchaus falschen Voraussetzungen ausgegangen. Der Tag. Rundschau zufolge ist diese Denkschrift Parker Gilberts der Niederschlag von mündlichen Besprechungen gewesen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben. Es war niemals beabsichtigt, diese Denkschrift, die eine Art von Vorbericht des Jahresberichtes darstellt, zu veröffentlichen oder zum Gegenstand eines öffentlichen Schalles zu machen. Es ist vielmehr nur daran gedacht worden, der deutschen Regierung die Gelegenheit zu geben, auf die Denkschrift des Reparationsagenten zu antworten, ehe dessen Jahresbericht in der Öffentlichkeit erscheint.

Der Flug der D 1220.

Billingen. Das Einflugschiff D 1220 wird seinen Flug morgen fortsetzen.

Bau eines englischen Kistenflugzeuges.

London. (Telefon.) Wie bekannt wird, wird gegenwärtig im Auftrag des Luftministeriums auf dem Flughafen in Martlesham in der Grafschaft Suffolk ein Flugzeug gebaut, dessen Größe und Ausdehnung alle bisher bestehenden Maße in den Schatten stellen soll. Die Konstruktion des Flugzeuges ist aus Ganzmetall. Das Flugzeug war ursprünglich für den Verkehr vorgesehen. Es wird nunmehr aber auf Wunsch des Luftministeriums als Bombenflugzeug umgebaut. Ueber die Einzelheiten wird gezieltes Stillschweigen bewahrt. Die Konstruktion gleicht dem deutschen Horsa-Flugzeug, dessen Größe bisher noch keinem anderen Flugzeug erreicht wurde.

Letzte Flugzeug-Meldungen und Telegramme

vom 25. Oktober 1927.

Breitenbräters Ehe geschieden.

Berlin. (Telefon.) Die Ehe des früheren Reichsbürgers Hans Breitenbräters wurde heute, laut B. Z., nach kurzer Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschieden. Beide Ehegatten wurden für schuldig erklärt. Sie erklärten, keinerlei Berufungen einlegen zu wollen.

Bevorstehende Kabinetsberatung.

Berlin. (Telefon.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird sich das Reichskabinett am Donnerstag mit dem deutsch-polnischen Handelsvertrag beschäftigen. Ferner ist damit zu rechnen, daß die Entscheidung über die Befegung des Vorkriegspostens in Washington noch im Laufe dieser Woche fällt. Wie verlautet, handelt es sich nur noch um die Uebersetzung einiger formaler Fragen, wie sie mit der Befegung eines solchen Postens gewöhnlich verbunden sind.

Der Flaggenschnitt in Südafrika vor der Vollendung.

London. Die Times meldet aus Kapstadt: Zwischen General Dyer und General Smuts ist gestern eine Vereinbarung im Flaggenschnitt abgeschlossen worden, die heute den Zentralkomitees beider Parteien vorgelegt werden wird. Die Annahme dieser Vereinbarung durch die südafrikanische Partei ist sicher, die Annahme durch die Nationalisten wahrscheinlich.

Das Urteil im Moskauer Spionageprozeß.

Moskau. (Telefon.) In dem Prozeß gegen die fünf der Spionage angeklagten Engländer Angeklagten wurde gestern Abend das Urteil gefällt. Die beiden Hauptangeklagten, die Brüder Vladimir und Boris Proze, sowie deren Verwandter Koryanov, der ehemalige juristische Berater des revolutionären Kriegsrates, wurden zum Tode verurteilt. Die mitangeklagten Militärbeamten erhielten 3 Jahre Gefängnis.

Aufzeichnung eines heftigen Erdbebens.

New York. Der Seismograph der Universität Nordham hat gestern ein Erdbeben aufgezeichnet, das in einer Entfernung von 8400 Kilometern um 8,10 Uhr vormittags (New Yorker Zeit) stattgefunden hat.

New York. Wie in New York, wurde ein starkes Erdbeben auch von den Seismographen in New Haven, Annapolis, Cleveland, Denver und Berkeley (Kalifornien) registriert. Die Erdstöße waren so stark, daß die Registrierrollen mehrerer Seismographen von der Registrierrolle abrangen. Die Reporter der Kabel-Gesellschaften berichten jedoch keinerlei Schäden des Kabelnetzes in irgendwelcher Richtung.

Anmerkung des B.Z.: Nach Mitteilung des Geodätischen Instituts in Potsdam könnte es sich etwa um ein Seebeben im Stillen Ozean oder vielleicht im Arabischen Meer (Indien) handeln.

Seattle. Hier wird angenommen, daß der Ort der Abwehr in Amerika verzeichneten Erdstöße sich in Alaska oder in einem Gebiet nahe bei Alaska befindet. In verschiedenen Teilen Alaskas wurden heftige Erdbeben verzeichnet. Wie jetzt wurde jedoch kein erheblicher Sachschaden gemeldet. In Juneau wurden zahlreiche Einwohner durch 30 Sekunden während Erdstöße morgens um 7 Uhr aufgeweckt. Auch in Sitka waren zwei heftige Erdstöße zu verzeichnen. In Juneau liefen zahlreiche Einwohner aus ihren Wohnungen auf die Straßen.

Erdstöße in Alaska.

Vetersburg (Alaska). Ein Erdstöße, der zwei Minuten dauerte, erschütterte die Gebäude der Stadt Vetersburg am 25. Oktober morgens. Viele Fenster scheiblen wurden zertrümmert. Aus der Umgebung wird sonstiger Sachschaden gemeldet.

Kataklysmisches Erdbeben.

Wag. Das Staatliche Institut für Geophysik in Wag meldet: Der Seismograph des Staatlichen Instituts für Geophysik verzeichnete gestern um 18 Uhr ein kataklysmisches Erdbeben in größerer Entfernung.

Sturmflutgefahr im Stillen Ozean.

London. Nach einer Exchange-Meldung aus Honolulu hat die Marine-Inspektion eine Warnung an alle Schiffe im mittleren Stillen Ozean erteilen lassen, daß infolge vulkanischer Eruptionen auf dem Grunde des Ozeans eine Sturmflut von riesigem Ausmaß zu erwarten ist.

Ein schweres Grubenunglück.

Dangandreez. Durch herabfallendes Gestein wurden auf Jade Mansfeld gestern nachmittags gegen 5 Uhr zwei Bergarbeiter getötet. Die beiden Toten sind gehorchen. Ein dritter geriet so tief unter die Trümmer, daß es bisher noch nicht gelungen ist, ihn zu bergen.

Die Unterschlagungen in Düsseldorf.

Die Unterschlagungsaffäre in Düsseldorf steht immer weitere Kreise. Wie das Berliner Tageblatt meldet, hat die Untersuchung ergeben, daß auch bei der Stadt Unterschlagungen und zwar in Höhe von 320 000 Mark verübt worden sind. Rechnet man die Unterschlagung bei der Regierungshauptkasse hinzu, so beträgt die Höhe der unterschlagenen Gelder 720 000 Mark.

Deutsch-japanischer Handelsvertrag.

London. Der Berichterstatter der „Times“ in Tokio meldet: Der japanische Geheimminister hat dem mit Deutschland abgeschlossenen Handelsvertrag seine Zustimmung.

14,3 Millionen Beschäftigte in der deutschen Landwirtschaft.

Nach den Ergebnissen der Volks-, Berufs- und Betriebszählung waren Mitte Juni 1925 in der Landwirtschaftlichen Betrieben des Deutschen Reichs, ohne Saargebiet, insgesamt 14,3 Millionen Personen beschäftigt. Gegenüber 1907 sind dies, für den gleichen Gebietsstand berechnet, 1,4 Millionen Personen oder 11 v. H. mehr. Die Zunahme entfällt zum überwiegenden Teil, und zwar mit 1,1 Millionen Personen, auf die Betriebe unter 2 Hektar, die sich gegenüber 1907 um rund 450 000 Betriebe vermehrt haben. Auf die eigentlichen Landwirtschaftsbetriebe, die jenseits über 2 Hektar, entfällt mit 370 000 Personen etwa der vierte Teil der allgemeinen Zunahme gegenüber 1907. Eine Ausnahme machen die großbäuerlichen Betriebe; sie weisen in ihrem Gesamtpersonal gegenüber 1907 einen Rückgang um 129 000 Personen oder 7 v. H. auf, der mit der Verminderung dieser Betriebskategorie um 12 v. H. im Zusammenhang gebracht wird.

Die Hälfte des gesamten landwirtschaftlichen Personals ist weiblichen Geschlechts. Im einzelnen ist in den unteren Betriebsgrößen die Zahl der Frauen größer als die der Männer; in den mittelbäuerlichen Betrieben entspricht die Verteilung dem Gesamt Durchschnitt, während die großbäuerlichen und die Großbetriebe mehr Männer als Frauen beschäftigen. Die Beteiligung von Kindern an landwirtschaftlichen Arbeiten ist gegenüber 1907 in allen Betriebsgruppen beträchtlich zurückgegangen. Während damals noch 4 v. H. des Gesamtpersonals der Landwirtschaft unter 14 Jahre alt war, erreichte der entsprechende Prozentanteil 1925 nur 2,7 v. H.

In seinem Zweig der deutschen Volkswirtschaft nimmt die gemeinsame Familienarbeit einen so großen Umfang ein wie in der Landwirtschaft, deren vielseitige Arbeitsverrichtungen sowie besonders geartete Abfall- und Entlohnungsverhältnisse die Zusammenarbeit des Betriebsinhabers mit seinen Familienangehörigen begünstigen. Als reine Familienbetriebe kann man fast alle kleinbäuerlichen Betriebe (88 v. H.) bezeichnen. Der reine Familienbetrieb ist auch unter den mittelbäuerlichen Unternehmen bis zu 10 Hektar (69 v. H.) vorherrschend. Vom gesamten landwirtschaftlichen Personal waren Mitte Juni 1925 etwa 30 v. H. nicht ständig beschäftigt, und etwa der vierte Teil dieser nichtständigen Arbeiter entfällt auf deutsche und ausländische Wanderarbeiter. Dabei ist die Gesamtzahl der deutschen Wanderarbeiter dreimal so groß wie die der ausländischen Saisonarbeiter. Dieses Zahlenverhältnis veränderte sich im Laufe der Zeit mit zunehmender Betriebsgröße zugunsten der ausländischen Arbeiter und in den Großbetrieben über 200 Hektar die ausländischen Wanderarbeiter zahlreicher als diejenigen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Insgesamt sind in der deutschen Landwirtschaft anlässlich der erwähnten Zählung 108 413 ausländische Wanderarbeiter angestellt worden, darunter 56 191 weibliche.

Mehr Beachtung dem Geflügeldünger!

Der Geflügeldünger gehört der Geflügeldünger immer noch zu den wertvollsten Düngerarten, die wir kennen. Außerordentlich ist sein Gehalt an Stickstoff. Er beträgt 15-2 Prozent. Der Dünger von Gänsekot enthält durchschnittlich nur 0,5 Prozent Stickstoff, wird also im Stickstoffgehalt um das Zweifache bis Dreifache dem Geflügeldünger übertrifft. Die Düngewirkung des letzteren ist also eine bedeutend höhere. — Nicht zu verachten ist ferner der hohe Kaligehalt, den der Geflügeldünger aufweist. Endlich besteht der Wert desselben in seiner leichten Verwertung und in der schnellen Wirksamkeit. Man kann mit ihm ähnliche Gabeleistungen erzielen wie mit Chilisalpeter oder mit dem Kalk-Düngemittel. Auf der anderen Seite besitzt der Geflügeldünger auch einige Nachteile: Sein Kaligehalt ist verhältnismäßig klein, und seine Wirkung ist unter Umständen zu langsam und zu schwach. Aus diesen Gründen bedarf der Geflügeldünger besonderer Beachtung und Pflege. Vor allem lasse man kein Pfund von ihm unverwertet. Unter jede Geflügelfütterung gehört ein Korb mit Geflügeldünger, der zu jeder Zeit gefüllt wird. Die Menge dieses Düngemittels eines Huhns ist außerordentlich. Man schätzt sie doch im getrockneten Zustand jährlich auf etwa das Dreifache des Körpergewichtes eines Huhns; bei einer Fäule soll sie sogar das Fünffache des Körpergewichtes ausmachen. — Falls man es nun, diesen Dünger in frischem Zustand und in größeren Mengen zu verwenden. Das Richtige ist, ihn zu sammeln, auf Brettern oder in Kisten zu trocknen und dann zu lassen und dann in Kisten oder Säcken aufzubewahren. Zum Gebrauch wird er dann gehackt und abgemessen. So erhält man ein sehr brauchbares Pulver. Dieses wird mit 10 Prozent Wasser gemischt. Verwendet man dieses Düngemittel trocken, so ist die Aussparung einem Untergraben vorzuziehen. Besonders dankbar für Geflügeldünger sind Spinat, Mangold, alle Salate und Endivien. Ferner Gurken, Kürbisse und Tomaten. Demnach ist es ganz richtig, die Geflügel, welche leicht pflanzen, für Kartoffeln und Erdbeeren, welche durch ihn zu sehr ins Kraut schießen. — Sehr gut zu verwenden ist er zum Gießen von Topfpflanzen. In dieser flüssigen Form wird er auch für Rosenkulturen und beim Einpflanzen junger Bäume verwendet.

Presestimmen über die Gastspielreise von Frh. Busch.
 Lehrer die Gastspielreise des Generalmusikdirektors Frh. Busch-Görschen, der am 8. dieses Monats nach Weimart ge-
 eadren ist, um in den Vereinigten Staaten ein dortiges
 Orchester in einer Reihe von Konzerten zu dirigieren, liegen
 folgende amerikanische Pressestimmen vor: „Times“ schreibt:
 Es war eine Gala-Veröffentlichung und das Finale erregte
 einen intensiven und spontanen Beifallsaustausch des Publi-
 kums, das den Dirigenten unaedählte Male hervorrief. „The
 World“ schreibt: Beim Klang der groedartigen Eingangsarie,
 die sein Dirigentenhiis hervorzuauerte, wukten wir bereit,
 es alles auf sein wu'de. „Evening Post“ schreibt: Es war
 eine ideale Interpretation. Der Dirigent erzielte einen
 iherwundtlichen und dramatischen Eindruck. „Sun“ schreibt:
 Schon rein technisch war die Auffu'dung ein Genus. Sie
 war im Angriff, in der Dynamik, der Phrasierung, und im
 Zusammenklang wunderbar vorbereitet. Sie war h'chst
 einflussvoll und reich an Tonfille, und es war nichts in
 der Auffassung des Dirigenten, das diese Wirkung beeintrach-
 tigte. Das Publikum wurde spontan mitgerissen und be-
 zeugte dies durch u'beraus deraichen Beifall. „NewYork-
 Amerikaner“ schreibt: Generell willk'hrliche Effekthaserei
 machte sich bemerkbar und Busch war ein ebenso aufrichter
 wie feinfu'hler Vermittler: sein Orchester unterst'zte ihn
 ausgezeichnet, und er fand warmes Verstandnis auf Seiten
 der Zuh'rer. Unter dem Hiesenauditorium befanden sich
 zahlreiche bemerkenswerte Pers'nalichkeiten der NewYorker
 Musikwelt.

SLUB
Wir führen Wissen.

Hauptausfluß und Angestelltenversicherungswesen.

„Das hast Du brav gemacht, mein Sohn. Das Täschen,“
fuhr er dann, zu seinen beiden Begleitern gegendet, fort, „ist
ein Geschenk, das ich von meiner Frau, als sie noch Braut
war, bekam. Ich halte es sehr wert und bin dem Burschen
hier wirklich dankbar.“

Y Berlin. Eine Nachbenutzbarkeit von Privatweihnachtskarten für die Befragung des Kreuzers „Emden“ nach Rio de Janeiro ist mit dem Dampfer „Antonio Delino“ der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft ab Hamburg 1. Dezember 1927, Ankunft in Rio am 18. Dezember 1927, gegeben. Die Vokete müssen bis spätesten 26. November 1927 bei Matthias Hübbe & Co., Hamburg, Freibalen, Lager Sandtorkai 33 mit der Voketeisendung eintreffen. Höchstgewicht der Vokete ist 10 Kilogramm. Die Kosten für die Beförderung bis Hamburg sind vom Absender zu tragen. Mit der Freigebühr und Verladung im Seehafen eine Reichsmark durch Ankleben von Freimarken auf die Voketkarte entrichtet werden. Die Weiterbeförderung der Vokete von Hamburg auf dem Seewege erfolgt kostenlos. Nähere Auskunft erteilen Matthias Hübbe & Co., Stadtadresse Hamburg 8, Große Reichenstraße 19-23.

Kurze Zeit darauf stand Ludwig Günther vor dem Herzoge in dessen einziger eingerichteter Arbeitsstube. Die weiche, er besaß vor dem Manne, den bei aller Schlichtheit der äußeren Erscheinung doch eine fürstliche Hoheit umgab, welche auf das empfindliche Gemüth des Barzeler Junkers tiefen Eindruck machte. Einige Augenblicke mufterte der Herzog den schönen Jüngling mit den offenen, sympathischen Zügen (scharfen, ersten Blickes, dann erglomm in seinen Augen allmählich ein mildes Licht, und mit der gewinnenden Freundlichkeit, die ihm



Moritz: Frau M. Hofmann
 Nicola: F. Steinberg, Bauhfr. Nr. 8
 Nienhain: E. Schwanitz, Weibh. Nr. 11
 Oelsh: W. Schwarze, Nr. 41
 Pank: W. Schwarze, Oelsh Nr. 41
 Pank bei Nicola: F. Straube, Nr. 14 d
 Pank: F. Steinberg, Bauhfr. Nr. 8
 Nicola: Alle Zeitungsträger und zur Vermittlung an
 diese die Tagesblatt-Geschäftsstelle Goethestr. 50
 (Telefon Nr. 30)
 Nidderam: W. Schöne, Grundfr. 16
 Sengerth: Frau Oeffe, Glandfr. Nr. 6
 Seerhausen: F. Steinberg, Bauhfr. Nr. 8
 Weiba (Hilf): Fr. Klinge, Pank Str. 115
 Weiba (Herr): F. Föge, Pankstr. 36.
 Neithamsdorf: E. Sandholz, Teichfr. 18
 Neithamsdorf: Richard Schönitz, Buchhändler

Rein, mein junger Freund, so wunderbarlich spielt die Natur, nicht? befähigt die Herzog nochmal seine früheren Worte, daß Sie dem Sohne jenes holländischen Handelshauses die Hülfe des deutschen Grafen dazwischen stellen würde, daß man glauben könnte, ihn selber lebhaftig vor sich zu sehen. Und was Ihre Herkunft mittereichers anlangt, so lassen Sie sich in Geduld, bis die Stunde schlägt, da Sie an dem Herzen derjenigen ruhen dürfen, die Ihnen das Leben gab.



Kemal Pascha als Redner.
Auf dem Kongress der Türkischen Volkspartei hielt der türkische Staatspräsident Kemal Pascha eine Rede, die sich über 6 Tage erstreckte. Er sprach insgesamt 36 Stunden 33 Minuten und war verständlicherweise am Schluß vollkommen heiser.



Schweres Eisenbahnunglück bei Schwalbe (Mett).
Auf der „Reichsbahn“ fuhr infolge dichten Nebels zwei Personenzüge mit voller Wucht zusammen. Vier Wagen wurden aus dem Gleis geworfen und kurzum, hierbei wurden 23 Personen verletzt.



Das Duell in den Lüften.
Der Sieger Doret führt seine Glanznummer, die vielbewunderte „Kerze“, vor.



Am 60. Geburtstag
des Philosophen Hans Driesch.
Am 28. Oktober 1927 begeht Hans Driesch, Professor an der Universität Leipzig, seinen 60. Geburtstag. Hans Driesch, der bedeutende Philosoph, der besonders auch für die deutsche Wissenschaft im Ausland große Verdienste geleistet hat, genießt ganz besonders in England, Amerika und Frankreich und in den ostasiatischen Ländern großes Ansehen.



Überlegener Sieg Deutschlands im Fußball-Länderspiel.
Eine prächtige Abwehr des deutschen Torwarts Stuhlsant. Das dritte Länderspiel. Deutschland-Norwegen endete bekanntlich mit dem überlegenen Sieg 6:2 für die deutsche Elf. Die Norweger zeigten während der 1. Spielhälfte ein schönes Stellungsspiel, das ihnen 2 Tore eintrug, aber den Sturmangriffen der Deutschen während der 2. Spielhälfte waren sie doch nicht gewachsen.



Reparationsagent Parker Gilbert,
der durch seine Note an das Reichsfinanzministerium und die darauf folgenden Geheimverhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Brüning im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht.

Vermischtes.

Im Verlaufe von Mißverständnissen erschossen. In Dersogenrath hat im Verlaufe von Mißverständnissen der Drogerie Elbern den Musikdirektor und Komponisten Diden durch drei Schüsse getötet. Der Täter stellte sich selbst der Polizei.

In totemem Pflaumenbus zu Tode gekommen. Aus Trier wird gemeldet: In Oberbrombach im Birkenfeld führte das vierjährige Töchterchen eines Landwirts in einen mit totemem Pflaumenbus gefüllten großen Kessel und wurde zu Tode gebracht.

Mysteriöser Leichenfund in Brüssel. Die Polizei entdeckte in der Wohnung des italienischen Kaffeehausbesitzers Leonardo Malacrida einen Koffer, der eine in drei Teile geschnittene Leiche enthielt. Der Kopf der Leiche wurde nicht aufgefunden. Man weiß nicht, ob es sich um die Leiche Malacridas oder eines anderen handelt. Jedenfalls ist Malacrida verschwunden. Die Zeitungen schreiben dem Verbrechen verschiedene Beweggründe zu. Sie führen aus, Malacrida habe am Abend mit Freunden in seiner Wohnung Karten gespielt. Am anderen Morgen sei einer davon zurückgekommen und habe den Versuch gemacht, den Koffer mitzunehmen. Weiterhin teilten die Zeitungen in ihren letzten Nachrichten mit, daß in dem Koffer Kleider gefunden worden seien, in denen sich eine Mitgliedskarte des Fascio von Mailand auf den Namen Malacridas befand.

Der Giftmord-Prozess Hansel-Berghaus. Vor dem Schwurgericht Dagen begann gestern der Giftmord-Prozess gegen die 29 Jahre alte Hausdame und Kontoristin Alma Hansel aus Oberbrügge in Westfalen, die angeklagt ist, im März d. J. ihren Chef und Hausbesitzer, den 66 Jahre alten Brennermeister Rudolf Berghaus zu Tode bei Lebensbitter durch Arsenik vergiftet zu haben, um schneller in den Genuß einer ihr zugesagten Erbschaft in Höhe von 120 000 Mark zu gelangen. Zu dem Prozeß sind ungefähr 100 Zeugen und acht

Sachverständige geladen. Die Frau des Berghaus war kranklich und verübte 1924 Selbstmord. Die Angeklagte gab im März d. J. in der Untersuchungshaft ein Kind, dessen Vater nach ihren Aussagen Berghaus sein soll. Für Dienstag ist ein Dolastertermin anberaumt.

Die Massenvergiftungen durch Ruß-Torte. Zu Massenvergiftungen, die in Dagen durch den Genuß von Ruß-Torte auf einer übernachten Hochzeitsfeier verursacht waren, liegt nunmehr, nachdem die bakteriologische Untersuchung der Tortenreste abgeschlossen ist, der amtliche Bericht des Kreisarztes vor. Es heißt darin, daß bis jetzt 32 Erkrankungsfälle zur Kenntnis gelangt sind. Die eingehenden Ermittlungen haben ergeben, daß als Infektionsquelle einzig und allein eine Ruß-Creme in Frage kommt, die als Tortenfüllung verwendet worden war. Die bakteriologische Untersuchung ergab fast in Reinheit den bacillus enteritidis Gärtners, ein in die Typhusgruppe gehöriges Bakterium. Die ersten Krankheitserscheinungen traten 6–20 Stunden nach dem Genuß der Torte auf und sind bis auf einen Fall, der einige Tage schwere Erscheinungen bot, jetzt aber keine Lebensgefahr mehr darstellt, nach drei bis vier Tagen abgeklungen. Sämtliche Kranken wurden sofort ins Marien- und im Allgemeinen Krankenhaus isoliert und unmittelbar darauf eine gründliche Desinfektion vorgenommen. Infolge dieser Maßnahmen sind weitere Ausbreitungsfälle nicht vorgekommen und auch nicht mehr zu befürchten.

Geräuschsturm im Hamburger Hafen. Gestern führte ein 6½ Meter hohes Gerüst an dem im Trodenboot liegenden russischen Dampfer „Burga“ ein. Vier Arbeiter stürzten ab und wurden in verletztem Zustande dem Hafenkrankenhaus zugeführt.

Der Herzog von Ratibor wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Vor dem Schöffengericht in Ratibor wird sich am 7. November der Herzog von Ratibor unter der Anklage der fahrlässigen Tötung zu verantworten haben. Der Herzog beland sich am 5. Feb. in der Nähe der Ortschaft Rauden im Kreise Ratibor auf der Wildschweinjagd. Im Verlaufe dieser Jagd hat er

seinen langjährigen Leibschützer Ohtrel, den er im Waldesdunkel für ein Stacheldraht hielt, so unglücklich angeschossen, daß der Kutscher, der Familienvater war, an den Folgen des Schusses starb.

Die Vorgänge in Konnersreuth. Wie gemeldet wird, hatte der vor kurzem verstorbene Bischof von Regensburg an die Regierung der Oberpfalz ein Schreiben gerichtet, wonach die bischöfliche Behörde keine Einwendungen machen würde, wenn die Regierung die Unterbindung der Besuche in Konnersreuth bewerkstelligen würde. Die Regierung habe daraufhin das Bezirksamt Tirschenreuth verständigt, dessen Vorstand bereits mit den zuständigen Stellen in Konnersreuth Fühlung nahm. Es sei schon in den nächsten Tagen mit einer scharfen Einschränkung der Besuche in Konnersreuth und in absehbarer Zeit vielleicht auch mit einer Verdrängung der Theresen-Neumann an einen anderen Ort zu rechnen.

2½ Jahre Juchthaus für Altknechtigung. Die Große Strafkammer am Berliner Landgericht 3 beschäftigte sich gestern mit einem besonders schweren Fall von Altknechtigung. Angeklagt war der Rangsangehörige Müller des Charlottenburger Amtsgerichts. In zahlreichen Fällen hatte dieser Verurteilten die Befreiung ihrer Strafsachen angeboten und sie in ihrer Gegenwart verbrannt. Müller war in allen Fällen schuldig. Die Strafkammer erkannte auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis sowie mehrjährigen Ehrverlust.

Ein D-Jug-Dieb festgenommen. Beamte des Eisenbahnüberwachungsdienstes verhafteten gestern nachmittag in einer Berliner Pension den 20 Jahre alten Carl Ludwig, der in den letzten Tagen mehrere D-Jug-Diebstähle verübt hatte. Im Besitz des Verhafteten befanden sich die Koffer einer Studentin, die Reisetasche der Gattin eines Direktors der Leuna-Werke und die Papiere eines Bankbeamten, der seine Reisetasche in einem Café am Potsdamer Platz eingebüßt hatte.

Aushebung einer Falschgeldwertstatt. Wie der Norddeutsche Provinzialdienst erzählt, konnte in Lohstedt bei Hamburg in einem Schuppen eine Falschgeld-

versteht aufgehoben werden. Die Wäsche durch die Polizei erfolgte auf eine Benachrichtigung aus Köln hin, wo man den in Haft genommenen angeblichen Konfektor Josef Keller verhaftete, als er einen gefälschten Rehnzettel in Zahlung gab. Keller wohnte in Rodt mit einem angeblichen Bekannten Rudolf Winkler zusammen. Winkler wurde von den Beamten überrascht, als er ein Bündel falsche Scheine vernichten wollte. Es konnten verschiedene Geräte zur Falschgeldherstellung beschlagnahmt werden.

Ein Postlad mit 60000 Mark Wertungen verschwunden. Ein Postlad, in dem sich für ungefähr 60000 Mark Wertungen befanden, wurde in Köln auf der Straßenbahn, mit der er vom Postamt im Städtischen Schlachthaus zum Hauptpostamt befördert werden sollte, mit einem anderen Lad vertauscht. Der alte Postlad und seine Inhalt. Der neue Postlad wurde später im Stadtpark wiedergefunden.

„Eiserne Nation“. In dem Magen eines 17-jährigen Mädchens, das sich in Jbar im Krankenhaus einem Eingriff unterzog, wurden etwa 1 1/2 Pfund Eisenstücke und Nagelstücke gefunden. Das Mädchen hat keine Erklärung dafür, wie diese Gegenstände in den Magen gekommen sind. Man glaubt, daß es als Kind diese sonderbare „Nahrung“ zu sich genommen hat.

Weil sie ein Varietè gründen wollten. In Heidelberg wurden fünf jugendliche Einbrecher im Alter von 17 bis 19 Jahren festgenommen, die seit dem Sommer nicht weniger als 25 Einbruchsdiebstähle verübt haben, um ein Varietè gründen zu können. Die jugendlichen Täter entstammten bürgerlichen Familien. Ihre Reue war sehr groß, so daß ein richtiger Warenlager gefunden wurde. In einer Stelle hatten sie allein 56 Paar Schuhe mitgehen lassen.

Die fadenförmige Trockenlegung von Konstantinopel. Das soll heißen, daß in Konstantinopel trockene und nasse Straßen eingerichtet werden, trockene, in denen sich keine Schmutzwasser für alkoholische Getränke befinden dürfen, und nasse Straßen, in denen der Verkauf und das Trinken von Alkohol gestattet ist. Und in welcher Voraussetzung sind die nassen Straßen in nächster Nähe von Vollkathedralen eingerichtet worden.

Das belächelte Schalterfräulein. Einmal Tages kommt in einer Stunde, in der der Verkehr nicht allzu groß ist, an den Schalter eines Bahnhofs ein Mann und bittet in sehr höflichem Tone die Beamtin, ihm eine Fahrkarte nach einem kleinen Vorort zu verkaufen, wo sich ihm Gelegenheit bieten könne, ein kleines Bandhaus zu erwerben. Die Beamtin über den Ort überließ er der jungen Dame. Diese hatte Humor und gab ihm einen Fahrchein nach einem hübsch gelegenen Vorort. Tags darauf kommt derselbe Herr zum Schalter zurück und fragt: „Waren Sie die junge Dame, die mir gestern den Fahrchein nach E. verkauft hat?“ — „Gewiß, mein Herr, das war ich. Was wollen Sie jetzt noch?“ — „Nicht bedanken, mein Fräulein. Sie sind die Ursache, daß ich ein wunderschönes kleines Bandhaus in reizender Umgebung habe kaufen können. Ich bin glücklich. Erlauben Sie mir, Ihnen meinen Dank abzusprechen.“ Inzwischen hatte sich schon eine lange Kette von Reisenden gebildet, die von dieser Unterhaltung nicht gerade angenehm berührt waren, denn sie hatten für die Wohnungsfragen des Herrn am Schalter weder Interesse noch Verständnis. Dieser aber griff in die Rocktasche, entnahm ihr einen Briefumschlag und schob ihn der Beamtin in den Schalter. Dann verschwand er. Der Briefumschlag enthielt einen größeren Geldbetrag. Wenn es auch den Beamten verboten ist, derartige Geschenke anzunehmen, so blieb dieser jungen Dame doch nichts anderes übrig, als das Geld zu behalten, weil sie nicht wußte, wem sie es zurückgeben sollte.

Das neue Theaterweineichen. Bei Aufführung der Operette „Rigenerbarone“ trat ein Schauspieler im besten Landestheater als Schweinezüchter Hupan mit einem Schweinechen im Arm auf. Er sang sein Autrittstext, das bekanntlich von seinem Lebenswied, Sauertrank und Schweinefleisch, handelt. Das an seinem ruhenden Tierchen glaubte, mit seiner Stimme nicht zurückhalten zu dürfen, sondern gewährte ihm starke stimmliche Unterstützung. Schließlich gab es so viel Ton, — sicher infolge seiner mangelnden Bühnenerfahrung, daß es zum ersten Male auftrat, — daß es seinen Herrn überhörte, dem nichts übrig blieb, als sein Vieh vorzeitig abzugeben. Das Haus aber spendete dem Hühner gewöhnlichen musikalischen Tierchen in Anerkennung seiner wohlmeinenden Absicht herzlichen Beifall.

Der Palazzo-Automat als Glücksspiel. Vor der Strafkammer des Landgerichts I in Berlin hatte sich ein Automatenspieler wegen verbotenen Glücksspiels zu verantworten. Der Angeklagte hatte in zahlreichen Berliner Vergnügungstätten die sogenannten Palazzo-Apparate aufgestellt, die nach dem Entwurf eines berühmten Glücksspiels bei gutem Aussehen einer Kugel einen mehrfachen Betrag zur Auszahlung bringen. Zwei als Sachverständige vernommene Dozenten der Berliner Technischen Hochschule befanden, daß der Palazzo-Automat in erster Linie eine Glücksspielprobe stellen wolle. Die kriminalistischen Sachverständigen hingegen waren übereinstimmend der Meinung der Staatsanwaltschaft, daß hier ausgesprochenes Glücksspiel vorliege, das nach dem Gesetz strafbar ist. Die Strafkammer, die sich bereits in zweiter Instanz mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen hatte, hob das freisprechende Urteil des Schöffengerichts auf, indem sie sich der Ansicht des Staatsanwalts und der Kriminalisten anschloß und beurteilte den Unternehmer zu einer Geldstrafe von 10 Mark. Außerdem wurde die Beschuldigung der Spielapparate mit Geldeinsatz aufgehoben. Diese Entscheidung ist von grundsätzlicher Bedeutung, wenn man bedenkt, daß in ganz Deutschland etwa 150000 Palazzo-Apparate in den verschiedensten Vergnügungs-Unternehmungen aufgestellt sind. 1923 war die Polizei schon einmal gegen diese Art des Glücksspiels vorgegangen; damals wurden aber von den Gerichten uneinheitliche Urteile gesprochen. Die Staatsanwaltschaft begründet den Begriff des Glücksspiels in diesem Zusammenhang immer damit, daß die Apparate an Stellen errichtet werden, wo gewöhnlich große Unruhe herrscht, so daß der Spieler nicht die für die Glücksspielprobe erforderliche Ruhe aufbringen kann. Der Beurteilte hat gegen die Entscheidung der Strafkammer Revision angemeldet, so daß demnächst das Reichsgericht sich mit dieser Frage beschäftigen wird.

Auf den Spuren eines alten Römerweges. Bei Erdarbeiten in der Nähe von Rörz wurde der nordwestliche Teil des ehemaligen Römerlagers angegraben, dessen Lageplan vor etwa 30 Jahren festgestellt worden ist. In einem kleinen Graben, der am Rande der Römerstraße entlang geführt worden ist, hat man etwa fünfzig Zentimeter unter der Erdoberfläche eine 30 Zentimeter hohe, sehr harte Ziegelschicht angegraben, die scheinbar den alten Römerweg innerhalb des Lagers darstellt. Die ausgegrabene Erde ist mit Trümmern römischer Bauteile und Geräte durchsetzt. Auch Reste einer römischen Getreidemühle, ein dolchartiges Messer, zahlreiche Topfscherben usw. aus einer Zeit von etwa vor 2000 Jahren wurden ans Tageslicht gebracht.

Gerichtssaal.

Verurteilung eines Tötungs. Am 22. Juni vormittags in der 10. Stunde ereignete sich auf der Schallmayer Straße in Jandendorf ein schauerlicher Unfall. Ein gewisser Gunde kam der 26 Jahre alte Wirtschaftsgasthaus Paul Gunde Gunde mit seinem Gefährt aus Jandendorf zurück. Er hatte Kautschukmittel und andere Gegenstände geladen, und fuhr im Schrittempo. Schon aus weiter Entfernung sah er auf der Straße eine Person angetroffen. Sein Nachbar, der 68 Jahre alte Landwirt Koch aus Jandendorf war mit Kirschenpfählen beschäftigt. Koch der Ansicht des Gunde war genügend Raum vorhanden, daß er mit dem Gefährt nach gut vorbeifahren konnte und nicht nötig hatte, auf die neben der Straße entlang fahrende Gunde zu lenken. Raum war er vorbeigefahren, fiel die Person um und Koch fuhr auf die Straße. Gunde hielt den Wagen an, legte den Nachbar zur Seite an einen Baum und schickte dann im Orte die Angehörigen und andere Personen in Kenntnis, damit der verunglückte Nachbar herangeholt werde, was sofort und mittels eines Gunde geschah. Fünf Stunden nach dem Unfall war Koch verstorben. Eine kleine Wunde am Kopf ließ darauf schließen, daß Koch eine schwere Gehirnerschütterung erlitten haben mußte, was auch später der hinzugekommene Arzt festgestellt hat. Und nur deshalb, damit der Verunglückte seinen unnötigen weiteren Erschütterungen ausgesetzt war, will er ihn nicht mit sein Gefährt genommen haben, wo er auch sicher zu liegen war. Gegen Gunde wurde Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Am Montag hatte er sich vor dem Gemeindefamilienschiedsgericht zu verantworten. Nach dem Öffnungsbeschluss soll er mit dem Urteil im Vorbeifahren die Person angetroffen und so den Unfall verursacht haben, bestritt dies aber und glaubt, der Nachbar habe sich nach ihm umgesehen und dabei das Gleichgewicht verloren. Dieser Behauptung und Vermutung standen aber einige Zeugnisaussagen gegenüber, nach denen Gunde hinterher selbst zugegeben habe, die Person sei vom Trittschritt gestreift worden. Auch ein Schulmädchen, das neben Koch gewellt, machte gleiche Angaben, daß die Person umgerissen worden ist. Nach einer weiteren Zeugnisaussage soll der sonst sehr gut beurteilte Angeklagte gestanden haben, unmittelbar nach dem Unfall, die Person stand zu weit auf der Straße, Koch mag sich nur verlagern. Staatsanwalt Feidler hielt die Schuld voll erwiesen, er beantragte wegen fahrlässiger Tötung ein Jahr Gefängnis auszusprechen, der Verteidiger plädierte für Freisprechung, ev. für Abhaltung einer Disziplinarstrafe, bevor ein Urteil gefällt werde. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis. Daß Gunde der fahrlässigen Tötung schuldig sei, daran besteht kein Zweifel. Schon nach seinen eigenen Äußerungen unmittelbar nach dem Unfall ist er an die Person angefahren, obgleich das Unglück zu vermeiden gewesen ist, wenn er etwas mehr Aufmerksamkeit bewiesen hätte. Eine Disziplinarstrafe abzuhalten, habe das Gericht nicht für erforderlich erachtet. (R.-G.)

Ein seltsamer Kriminalfall.

Häufig erfolgt ein Schuldspruch vor Gericht auf Grund eines Indizienbeweises — selbstverständlich nur dann, wenn er vollkommen schlüssig erscheint. Daß diese schwindende Schlüssigkeit unter Umständen trügerisch sein und gegebenenfalls zu Fehlurteilen führen kann, lehrt aber folgender aktueller Fall.

In einem Dorfe bei Braunau an der oberösterreichischen Grenze war eines Tages der Großbauer und Dorfschulze Mannstätt mit zerstücktem Schädel in seinem Stalle aufgefunden worden, ein Pferd fehlte, und auch die Privatwohnung des Schulzen war durchwühlt und ausgeraubt.

Auf den ersten Blick lag der Fall kriminalistisch ganz klar. Der Schulze war im Stall überfallen und mit einem harten, anscheinend eisernen Gegenstand niedergeschlagen worden, die Stalltür war offen, ein Pferd fehlte, die Wohnung war beschlagnahmt. — es lag also unzweifelhaft Raubmord vor.

Wer war der Täter? Am folgenden Tage wurde ein Handwerksbursche bei dem Verurteilten, die Uhr des toten Dorfschulzen zu verkaufen, festgenommen und in das Gefängnis eingeliefert. Man sagte ihm den Mord auf den Kopf zu, vergebens behauptete der auf den Tod erschrockene Landstreicher seine Unschuld. Er gab wohl zu, die Uhr im Hause des Schulzen zusammen mit anderen Sachen gestohlen zu haben, jedoch behauptete er, vom Tode des Dorfschulzen nichts zu wissen, so ihn überhaupt nicht zu kennen oder gesehen zu haben.

Natürlich wurden die Angaben des schon mehrfach wegen Diebstehls verurteilten Burschen mit Mißtrauen aufgenommen. Zeugen traten auf, die den Beschuldigten als einen rohen und besonders im Rausch sehr gewalttätigen Menschen bezeichneten.

Es handelte sich um den Angeklagten. Da wurde eines Tages in weiter Entfernung, aber in entgegengesetzter Richtung des Ortes der Festnahme, das Pferd des erlöschenden Dorfschulzen in einer Pflanzung im Walde aufgefunden. — Das Tier war sehr herabgekommen und hatte sich in der Zwischenzeit nur ungenügend von Gras und Baumrinde ernährt. Wie kam das Tier in jene Gegend? Es war auch nicht gefesselt und gekümmert, sondern nur mit einem zerfetzten Stallhalfter versehen. Der Landstreicher konnte also unmöglich, wie die Anklage behauptet, das Pferd mitgehen und verkauft haben.

Der erste Punkt des Indizienbeweises geriet ins Wanken. Ein weiterer Punkt, der für die Unschuld, soweit sie den Mord betraf, des Burschen sprach, war der, daß die Waffe, womit dem Dorfschulzen der Schädel zertrümmert worden war, nicht aufgefunden werden konnte, und vergeblich wurde versucht, aus dem sich jetzt total verrotten benutzten Menschen etwas darüber herauszubekommen.

Der für den Fall sich sehr interessierende Gerichtsherr stellte endlich den wahren Sachverhalt fest. Bei der Untersuchung aller möglichen in Betracht kommenden Gegenstände des Stalles, womit die Tat hätte ausgeführt werden können, zeigten sich keine verdächtigen Spuren, als jedoch der Sachverständige zur Untersuchung der Pferdeshufe schritt, da ihm aufgefallen war, daß der Beschuldigte unter Tränen sehr bittend den Mord in Abrede stellte, zeigte es sich, daß der obere Teil der rechten Hinterhufe mit geronnenem Menschenblut noch teilweise bedeckt war. Nun war die Klärung ein Leichtes. Der Schulze war in der in Frage kommenden Nacht in den Stall gegangen, da eines seiner Pferde unruhig geworden war, aufsteigend durch die Blätterung des um das Haus schließenden Bandzauns. Durch das lauernde Licht der Laterne, die der Schulze trug, und die auch neben der Leiche aufgefunden worden war, wurde das Tier dann erschreckt, hatte blutigen ausgeschlagen und dem Dorfschulzen den Schädel zertrümmert. Darauf hatte es sich losgerissen und war zum Stall hinaus in den nahen Wald gelaufen. In der Zwischenzeit kam der Bursche aus Haus, fand es erleuchtet, aber die Türen offen und riefte schnell alles zusammen, was er finden konnte.

Die chemische Untersuchung der Pferdeshufe hatte ihn also gerettet; wie leicht aber hätte der Indizienbeweis einen furchtbaren Irrtum herbeiführen können!

Messungen der meteor. Station 421.

(Oberrealschule Riesa).

23. 10. 1927: 2,6 mm Niederschlag.

24. 10. 1927: 0,5 mm Niederschlag.

Nehe Achtung vor dem anderen!

Blomard hat einmal gesagt, er wünschte, daß jeder Deutsche lerne, in dem anderen in erster Linie den Landsmann und dann erst den Angehörigen einer Partei zu sehen. Wer es ehrlich mit seinem Volk und Vaterland meint, dem kann heutzutage kaum etwas schwerer auf der Seele liegen als die Erscheinung im öffentlichen Leben, daß Angehörige einer bestimmten Partei denen anderer Parteien oft mit einer so beseidigenden Geringschätzung oder gar Verachtung entgegenreten, daß man wie vor einem Rästel steht. Man muß leider feststellen, daß seine der vielen politischen Parteien des heutigen Deutschland frei davon zu sprechen ist, daß sie die anderen nicht gebührend achtet. Sie sind alle schuldig! Leider herrscht dies Unwesen der Parteilichkeit vielerorts in Deutschland — in erster Linie in Berlin — auch auf kirchlichem Gebiet. Es ist so, daß das deutsche Volk der Gegenwart den Hören „Partei“ auf einen so hohen Thron gesetzt hat wie kaum je zuvor, und daß diesem Höhendienst unglaublich viel Zeit, Kraft, Geld — und leider auch Ehre und Ansehen in der Welt blindlings geopfert wird. Man kann das jeden Tag vielfach erfahren. Kaum eine Verhandlung im Reichstag, in den Landtagen, in den Gemeindeversammlungen, ohne daß die Parteilichkeit zum Ausdruck käme! Geht man den Gründen für diese Parteilichkeit nach, so kommt man zwar auf eine natürliche Neigung des deutschen Volkes, sich zu splitteln, aber die vielfach beobachtete Verwilderung parteilicher Sitten ist damit nicht erklärt. Die rührt vielmehr zum größten Teil her von der durch Jahrzehnte genährten Idee vom rassistischen „Klassenkampf“, der allmählich zum Klassenhass geworden ist. Die Welt aber grinst hämisch über diese deutsche Torheit des Klassenkampfes und der Selbstzerfleischung und weiß solche Erscheinungen zu einem — selten Gefährlich für sich auszunutzen. Uns tun in der Gegenwart Geschlossenheit und gegenseitige Achtung bitter not — sonst wird die Zukunft nicht unler sein!



Eine selbstverfertigte Betonwalze.

Im Walzen, zumal schwere, sind teure landwirtschaftliche Geräte. Man kann sich aber aus Holz oder aus Beton selbst eine brauchbare Walze herstellen. Für letztere hat bereits vor Jahren Meliorationsbauinspektor Siegert in Bromberg eine praktische Herstellungsmethode erfunden. Sie sei hier beschrieben: Auf ebenen Erdboden wird eine kreisrunde Holzleiste gelegt, welche dem Durchmesser der künftigen Walze entspricht. In der Mitte der Holzleiste wird durchbohrt und eine starke, zylindrische Eisenstange oder eine frühere Wagenachse senkrecht durchgesteckt, und zwar so, daß sie noch etwa 20 Zentimeter tief in die Erde kommt, also auf der anderen Seite der Holzleiste hinausragt. 20 Zentimeter über der Scheibe wird ein Flacheisen durch die Achse gezogen, und zwar senkrecht zu derselben. Ein ähnliches Flacheisen bringt man oben an der Achse an. Dieses obere Flacheisen muß aber in seiner Richtung senkrecht zum unteren Flacheisen laufen. Beide Flacheisen haben keinen anderen Zweck, als die Achse ganz fest in dem Beton zu fixieren. — Auf die Holzleiste unten kommt ein etwa 50 Millimeter breiter und 10 Millimeter harter Reifen zu liegen, der die Rante der künftigen Betonwalze zu schützen hat. Den ihm läßt man schräg nach innen gegen die Achse zu drei gebogene Flacheisenbänder ausgeben, welche dem Reifen zum Halt dienen sollen.

Dann stellt man um die Holzleiste sorgfältig zugeschnittene Latten senkrecht auf und hält sie unten mittels eines Drahtes zusammen. Die Latten müssen sich dicht und glatt aneinanderfügen; auf keinen Fall dürfen Lücken, Erhöhungen und Vertiefungen entstehen. In der Höhe der Walzenlänge wird in den Lattenhohlraum ein zweites, gleichgroßes Reifen eingelegt und die Latten an dieser Stelle ebenfalls durch einen starken Draht von außen zusammengezogen. Auch die Mitte dieser Walzenform wird mit Draht fest umschürt. Die Achse in der Mitte wird nun genau senkrecht gerichtet und durch Stützen-Verankerungen in dieser Lage erhalten. — In diese Hohlform stampft man nun Beton hinein, welcher aus 1 Teil Zement und 3 Teilen gewaschenen Riesel besteht. Es werden jedesmal 20 Zentimeter hohe Schichten so lange eingestampft, bis sich an der obersten Oberfläche Wasser zeigt. Die volle Form bleibt 2-3 Wochen an einem schattigen Orte stehen. Während dieser Zeit begießt man sie häufig mit Wasser. Zuletzt wird der Mantel abgenommen und die Oberfläche mit Zementmörtel (1:2) glatt verputzt. Zuletzt fertigt man noch einen Rahmen an.

Merke! Humor.

Die Richter. „Sie sind so nachdenklich?“ fragt er. „Nicht nachdenklich“, erwidert sie. „Aber Sie haben doch die letzten 20 Minuten kein Wort gesagt.“ „Ich hatte nichts zu sagen.“ „Sagen Sie niemals etwas, wenn Sie nichts zu sagen haben?“ „Nein.“ „Wollen Sie meine Frau werden?“ Wahre Liebe. Der Tourist sah im Wirtshaus des Dorfschens und sprach von der Ehe; das wahre Eheglück, meinte er, sei nur noch auf dem Grunde zu finden, fern von den Aufregungen der Stadt. „Wer weiß, ob das stimmt“, sagte ein alter Mann. „Aber ich habe gestern noch zwei geschlagene Stunden gelesen und die Hände meines Frau gebollet.“ „Kann man besser seine Liebe zeigen?“ rief der andere entsetzt. „Liebe?“ brummte der Alte, „wenn ich losgelassen hätte, hätte sie mir die Augen ausgekratzt.“ Trübsaliger Grund. „Warum singst du nicht mehr im Chor mit?“ „Ich schünte neulich am Sonntag, und da fragte mich jemand, ob die Orgel ausgedient gewesen sei.“ Das Trennende. „Die Zeit trennt die besten Freunde“, lautet es. „Ach ja“, pflichtet er bei, „vor 14 Jahren waren wir beide 18. Heute bist du 32 und ich 33.“ Wer hat den Mut? „Gefunden — von einer Ehefrau, die von der Hölle zurückkehrte, im Automobil ihres Mannes eine schöne Brosche. Die Eigentümerin kann sie wiederhaben, wenn sie diese Anzeige bezahlt und angibt, daß sie ihr gehört.“